

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 174

November 2008

€ 0,50

**Arbeiterklasse muss herrschen:
Für internationale sozialistische Planwirtschaft!**

Finanzkrise: Kapitalismus bankrott



Transit

Berlin, Oktober 2008: Streik im öffentlichen Dienst gegen SPD/LINKE-Senat



Spartakist-Grafik, Daten: Bloomberg, Foto: Getty

Im Folgenden drucken wir einen Artikel aus der Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/ U.S., *Workers Vanguard* Nr. 922, 10. Oktober, nach. In der Zwischenzeit beschloss der Bundestag am 17. Oktober ein „Rettungspaket“ von 500 Milliarden Euro für die deutschen Banken. Damit ist es relativ zum Bruttosozialprodukt gesehen viermal größer als das der US-Regierung. Durch dieses Paket soll die arbeitende Bevölkerung für die Krise der Bourgeoisie bluten. Angesichts einer drohenden weltweiten Rezession sind die Börsen in Panik, und die Aktienkurse gehen unter wilden Auf- und Abbewegungen in den Keller, seit Jahresbeginn verloren die 30 DAX-Unternehmen die Hälfte ihres Werts, 500 Milliarden Euro. In der Auto- und Stahlindustrie brechen die Absatzmärkte ein und bei vielen Autoherstellern stehen immer wieder die Bänder still. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für das kom-

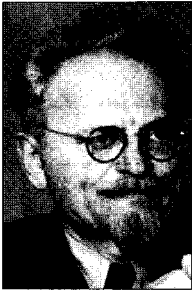
mende Jahr auf nahe Null gesenkt. Und während Milliarden in den Rachen des Finanzkapitals geworfen werden, bedrohen massive soziale Angriffe die Arbeiter, Immigranten und die gesamte Bevölkerung: „Das Ende der Gemütlichkeit“ titelte der *Spiegel* vom 20. Oktober zynisch.

Die Bevölkerung ist wütend auf die Bankiers. Die CDU/SPD-Regierung versucht, die Finanzkrise als ein Problem schlechter Manager sowie des ungezügelt angelsächsischen Kapitalismus darzustellen, im Gegensatz zum „regulierten“ Kapitalismus der EU. So sagte SPD-Finanzminister Peer Steinbrück: „Und wenn wir Deutschen – vielleicht sogar zu spät – mal anfangen, nach Kontrollen zu fragen, nach mehr Transparenz oder Eigenkapital-Richtlinien, wurden wir zunächst nur belächelt... Mit einem Mittelweg der sozialen Marktwirtschaft sind wir in Deutschland ja erfreulich

Fortgesetzt auf Seite 6

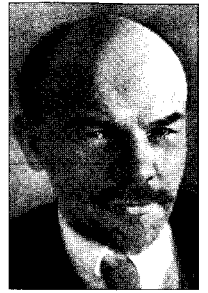
SPD/LINKE schröpfen Arbeiter für Banken und Industrie

Vor 130 Jahren: Engels über kapitalistische Krisen



TROTZKI

Die weltweite Finanzkrise vernichtet oder bedroht die Lebensgrundlagen unzähliger Menschen, während die kapitalistischen Regierungen den Banken die Milliarden nur so in den Rachen schmeißen. Reformisten und Pseudolinke jeder Couleur erheben jetzt besonders laut ihren üblichen Ruf: „Staat, greif (noch mehr) ein!“ Sie verbreiten die Illusion, wenn der Staat nur „sozial“ genug handle und Banken mehr oder vollständig verstaatliche, könne der Kapitalismus „reguliert“ werden. Aber dieser Staat ist nichts anderes als der geschäftsführende Ausschuss der Kapitalistenklasse, der samt Armee, Polizei und Justiz den Zweck erfüllt, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu verteidigen. Schon vor nunmehr 130 Jahren hatte Friedrich Engels – zusammen mit Karl Marx Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, in seinen Worten „theoretischer Ausdruck der proletarischen Bewegung“ – das Wesen kapitalistischer Krisen erklärt.



LENIN

In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch. Der Warenlauf ist momentan vernichtet; das Zirkulationsmittel, das Geld, wird Zirkulationshindernis; alle Gesetze der Warenproduktion und Warenzirkulation werden auf den Kopf gestellt. Die ökonomische Kollision hat ihren Höhepunkt erreicht: *die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise, die Produktivkräfte rebellieren gegen die Produktionsweise, der sie entwachsen sind.*

Die Tatsache, daß die gesellschaftliche Organisation der Produktion innerhalb der Fabrik sich zu dem Punkt entwickelt hat, wo sie unverträglich geworden ist mit der neben und über ihr bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft – diese Tatsache wird den Kapitalisten selbst handgreiflich gemacht durch die gewaltsame Konzentration der Kapitale, die sich während der Krisen vollzieht vermittelt des Ruins vieler großen und noch mehr kleiner Kapitalisten. Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und ebendeshalb muss auch die industrielle Reservearmee brachliegen...

Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der

moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideale Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier...

Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewusste Organisation... Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyiert gegenüberstand, wird jetzt ihre eigne freie Tat. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.

Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats.

Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, 1878

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. November 2008

Nr. 174

November 2008

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Volksfrontstrategie entwapfnet Arbeiter im Kampf gegen Faschismus!

Tag der Mahnung: Falsche Lehren aus der Niederlage 1933

Folgendes Flugblatt (12. September) verteilten wir beim alljährlich vom VVN-BdA organisierten Tag der Mahnung in Berlin.

Wir Trotzlisten ehren mit revolutionärem Herzen die Kämpfer gegen das Naziregime: die jüdisch-kommunistische Herbert-Baum-Gruppe, die im Untergrund kämpfte; die heldenhaften Unterstützer der Sowjetunion, die Aufklärungsarbeit im Feindesland betrieben, wie Richard Sorge, Ozaki Hozumi und die Mitglieder von Leopold Treppers „Roter Kapelle“; die Trotzlisten wie Abraham Léon, die im Untergrund gegen die Nazi-Besatzung kämpften; und die zahllosen anderen Rotarmisten, Partisanen, die jüdischen Kämpfer im Warschauer Ghetto ebenso wie die Deserteure der Wehrmacht, die auf sowjetische Seite überliefen. Ihr Heldentum ist uns Verpflichtung im Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine faschistischen Schergen. Die Volksfrontpolitik des Aufrufs zum Tag der Erinnerung und Mahnung vom Berliner VVN-BdA ist aber diesem Kampf entgegengesetzt.

Der Aufruf „Hinschauen – nicht wegsehen!“ meint zum deutschen Faschismus: „Millionen ließen sich gleichschalten, die Mehrheit der Deutschen schaute zu“, und wälzt damit die Verantwortung der deutschen Bourgeoisie für die Machtergreifung der Nazis und ihre fürchterlichsten Verbrechen, den Holocaust – die industrielle Ermordung der europäischen Juden und von Roma und Sinti – und den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und andere Völker Osteuropas, auf die Schultern der Arbeiterklasse ab. Die Schuld am Sieg des Faschismus trägt nicht die Arbeiterklasse. Angesichts der Radikalisierung durch die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre stellten die Nazis der herrschenden Klasse 600.000 paramilitärisch ausgebildete SA-Schläger zur Verfügung, um die gesamte Arbeiterbewegung zu terrorisieren, sie zu atomisieren und ihre Organisationen zu zerschlagen. Die Machtübernahme der Nazis war kein „Betriebsunfall“ der Geschichte, sondern eine bewusste Entscheidung der herrschenden Klasse, ihre Macht zu sichern und eine sozialistische Revolution zu verhindern.

Die vielen Millionen deutschen Arbeiter, die in SPD, KPD und den Gewerkschaften organisiert waren, wollten gegen Hitlers Machtergreifung kämpfen. Sie wurden von ihren Führungen schmachlich verraten. Aufgrund ihrer Treue zur kapitalistischen Ordnung hatte die SPD-Führung letztlich mehr Angst davor, die Arbeiterklasse gegen die Faschisten in Bewegung zu setzen, als vor ihrer eigenen Vernich-

tung durch die Machtergreifung Hitlers. Erst unterstützte sie Hindenburg als kleineres Übel, der seinerseits Hitler die Macht übergab, dann versuchte sie – vergeblich – sich mit den Nazis zu arrangieren. Die bewussten Arbeiter, die sich mit der russischen Oktoberrevolution von 1917 identifizierten, wurden von der Kommunistischen Internationale

PERMANENTE REVOLUTION

Verlagspart: Berlin Verleger A. Gryllwitz, Berlin-Neukölln, Duesendorfer Straße 23, Postfach Berlin 12 136, Fernsch.: Hermannstraße 10 026
Wochenschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) Sektion der Internationalen Linken Opposition
Bezugspreis: Monatlich 65 Pf., Postbetrag 60 Pf., zuzüglich Zustellgebühr, vom Verlag unter Kreuzband 65 Pf.

Der Terror beginnt! Sofort handeln durch Einheitsfront

Hitler Reichskanzler!
Arbeiter weiß ihr, was das bedeutet? Das heißt die völlige Ausbeutung und Entrechtung, das heißt die Ausrottung aller aktiven Elemente des Proletariats! Darüber kann nach den Reden der Nazi-Führer kein Zweifel sein. Hitlers Programm ist die völlige Zerschlagung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, um den Weg für eine noch ungeheuerlichere Verelendung der Arbeiterschaft zu öffnen. Sein außenpolitisches Ziel ist der Krieg mit Sowjetrußland. Gelänge es Hitler seine Absichten durchzuführen, so bedeutete dies eine noch nie dagewesene Niederlage für das internationale Proletariat, denn Deutschland ist nicht nur Deutschland, sondern das Herz Europas.

Tröstet Euch nicht mit Flausen, Hitler würde bald abwirtschaften.
Entweder festigt jetzt Hitler die Macht über das Proletariat stürzt ihn und macht die Bahn frei für die Macht der Arbeiterklasse.

Die Sabotage eurer Führer! Genossen der KPD! Seit 2 1/2 Jahren schlagen wir „Trotzlisten“ eine leninistische Einheitsfrontpolitik zur Beseitigung des Faschismus vor, dessen Perspektiven wir richtig eingeschätzt haben. Durch die Schuld der stalinischen Führung, des ZK, ist viel Zeit verloren. Noch immer hat der Reformismus ausschlaggebenden Einfluß auf die entscheidenden Teile der deutschen Arbeiterschaft. Noch ist es möglich, in zweifelter Stunde durch eine leninistische Einheitsfrontpolitik den Widerstand zu organisieren und das Proletariat zum Siege zu führen. Noch hat das Proletariat seine Organisationen! In seiner Hand liegt der Hebel der Wirtschaft. Esso haben nur Bonnetta. Auch die Bolschewiki haben in letzter Stunde Kornewow geschlagen!

Reißt alle Ketten zusammen! Keine Müdigkeit, kein Zaudern!

Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen:
Für die Verteidigung der KPD!
Für Einheitsfrontorgane der Arbeiterklasse!
Für die Verteidigung der politischen Rechte der Arbeiterschaft!
Für den Schutz von Partei-Gewerkschaftsführern und der Arbeiterpresse!
Gegen die Verhöhnung des Volkswortorgans zu die korruptesten Oligarchen und die Schwerkriegsindustriellen!
Für die Arbeiterkontrolle der Produktion!
Für tausendfachen Lohn!

Linke Opposition der KPD
(Bolschewiki-Leninisten)

Wo stehen wir?
Die feindliche Gefahr lagern sich alle lange voran, bis die rechte Hand verfehlt oder zerschlagen ist.

Aus dem Inhalt:
Wie begann es in Italien?
Wie wird der Faschismus geschlagen?
Leo Trotzki: Ernste Lehren aus einer scheinbar sacrosancten Sache
Internationale Streikwelle!

Reichstag aufgelöst!
Hitler-Hindenburg haben bereits den Reichstag aufgelöst! Ob Eberhard Neuwahl stattfinden, ist zweifelhaft. Wenn aber, dann werden sie unter dem ungeheuerlichen Terror gegen links geführt werden. Darüber besteht kein Zweifel. Der vierfache Verstoß auf die Wahl, viermal Arbeiter mit dem Stimmzettel ist Hitler nicht zu schmeicheln! Diese Wahlen werden doch nur, dem Parlamentarismus den Todesstoß zu geben! Die Wähler ist 80 Prozent rein kein Zögern bis zur Wahl! Alle Kräfte für den Widerstand im Betrieb und auf der Straße!

Erste Februarwoche 1933: Zeitung der trotzkistischen Linken Opposition der KPD ruft zu Einheitsfrontaktionen aller Arbeiterorganisationen gegen den Nazi-Terror auf

(Komintern) unter Stalin und der Thälmann'schen KPD-Führung in die kampflose Kapitulation geführt. Die Stalinisten tragen daher besondere Verantwortung für die Niederlage von 1933. Statt die SPD in die Einheitsfront zu zwingen, beschimpften sie die sozialdemokratischen Arbeiter als „Sozialfaschisten“ und erklärten: „Nach Hitler kommen wir.“

Gegen die Lüge der Kollektivschuld, die die Arbeiterklasse an ihre eigene Bourgeoisie ketten soll, benannte Trotzki im Mai 1933 die Verantwortung für die kampflose Kapitulation: „Die meisten wollten kämpfen, aber von oben arbeitete man ihnen beharrlich entgegen... Der fehlende Widerstand seitens der Arbeiter hob das Selbstvertrauen des Faschismus und verringerte die Furcht der Großbourgeoisie vor dem Risiko des Bürgerkriegs. Die unvermeidliche Demoralisierung des zunehmend von der Klasse isolierten kommunistischen Vortrupps machte selbst den geringsten

Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocaust rächen!

Teilwiderstand unmöglich. So wurde der Triumphzug Hitlers über die Knochen der proletarischen Organisationen sichergestellt.“

Auf den Verrat von 1933 folgte die nicht weniger verräterische Wende der Komintern hin zur Volksfront, der Unterordnung der Arbeiterklasse unter einen illusorischen „demokratischen“ Flügel der Bourgeoisie im Namen des Kampfes gegen den Faschismus. Zahlreiche Revolutionen wurden so in die Niederlage geführt – in Spanien schlug die Volksfront die Arbeiterrevolution, die 1936 begann, nieder und bahnte so den Franco-Faschisten den Weg an die Macht. Genau diese Volksfrontpolitik durchdringt den Aufruf zum Tag der Erinnerung und Mahnung. Schon der erste Satz des Aufrufs klingt wie ein Loblied auf die bürgerliche Demokratie: „Vor 75 Jahren paralyisierten die Nazis gemeinsam mit konservativen Eliten und unterstützt von der Großindustrie in wenigen Wochen die Weimarer Demokratie.“ Die kapitalistische Weimarer Republik war wie die Nazi-Herrschaft die Diktatur der Bourgeoisie. Der herrschenden Klasse ging es um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Die von der VVN gelobte „Weimarer Demokratie“ gründete sich darauf, dass die Arbeiterrevolution von 1918/19 im Blut ertränkt wurde durch die von den Sozialdemokraten Noske und Ebert befehligten Freikorps, aus denen die Nazi-Organisation hervorging. Neben zehntausenden revolutionären Arbeitern wurde auch die Führung der jungen KPD fast vollständig ermordet. Diesem konterrevolutionären Terror fielen Luxemburg, Liebknecht, Leo Jogiches und Eugen Leviné zum Opfer.

Kein Wunder, dass die bürgerlichen Grünen den Aufruf unterstützen, die zusammen mit der SPD im Namen von „Antifaschismus“ zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg Bundeswehrtruppen auf den Balkan schickten. Im Namen der bürgerlichen Demokratie helfen die Unterstützer des Aufrufs dabei, die Bourgeoisie für ihren nächsten Kampf um die Aufteilung der Welt ideologisch aufzurüsten. Im Fall der Führung von Stalinisten und Sozialdemokraten dient die Kollektivschuldflüge à la „die Mehrheit der Deutschen schaute zu“ im Übrigen dazu, ihre eigene Verantwortung dafür, dass die Nazis kampfflos an die Macht kommen

konnten, zu leugnen.

Der Aufruf appelliert an den bürgerlichen Staat: „Nazistische Organisationen sind zu verbieten.“ Das ist eine gefährliche Illusion. Die Faschisten sind die Reservearmee der Bourgeoisie. Es ist dieser rassistische kapitalistische Staat, der die Strippen der Nazis zieht, nicht nur über die V-Leute in den Vorständen der NPD und sonstwo, sondern auch indem er mit seinen rassistischen Kampagnen die Marschbefehle für die Nazi-Banden liefert. Die Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90er-Jahre führte zu den Pogromen von Rostock und Hoyerswerda und die Kampagne von Roland Koch gegen Jugendliche mit Migrationshintergrund im Frühjahr dieses Jahres führte zu einem Anstieg rassistischen Terrors, wie dem Brandanschlag in Dautphetal.

Verbotsappelle werden von der Bourgeoisie und ihrem Staat immer benutzt, um Angriffe gegen die gesamte Arbeiterbewegung, gegen Immigranten und die Linke zu führen. Gesetze „gegen Extremismus“ werden immer gegen Linke und die Arbeiterbewegung angewendet. So wurde 1993 das Verbotverfahren gegen die faschistische FAP formal eingeleitet, was nur eine Abdeckung für das Verbot der PKK und 35 kurdischer Vereine war. Statt ohnmächtige Appelle an den bürgerlichen Staat zu richten, kämpfen wir Trotzlisten für *Arbeiter-/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!* Das ist die Tradition des Kampfes von Trotzki Linker Opposition für die proletarische Einheitsfront gegen Hitlers Machtergreifung Anfang der 30er-Jahre. Ultimativ muss der Kapitalismus, der die Nazis hervorbringt und ausbrütet, durch eine Arbeiterrevolution gestürzt werden.

Der Naziterror heute ist eine Folge der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR. Das wird in dem Aufruf völlig verschwiegen. Schon damals, 1989/90, haben wir gewarnt, dass eine kapitalistische Konterrevolution einen Anstieg von Rassismus, Frauenunterdrückung, Arbeitslosigkeit und Naziterror mit sich bringen wird. Die Konterrevolution gab den Neonazis enormen Auftrieb. Für diese gewaltige Niederlage tragen die Stalinisten Verantwortung: Gorbatschow gab grünes Licht für den Anschluss der DDR an den westdeutschen Kapitalismus. Die SED-PDS-Spitzen fügten sich dem Verrat, wurden zur PDS und machten die konterrevolutionäre Wiedervereinigung zur eigenen Sache.

Wir Trotzlisten haben die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und innere Konterrevolution bis zur letzten Barrikade verteidigt. Auf dieser Grundlage kämpften wir in der DDR 1989/90 gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und für ein rotes Rätedeutschland durch proletarisch-politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie im Osten und für eine sozialistische Revolution im Westen zum Sturz der Bourgeoisie. Nur so wäre den Faschisten in Deutschland endgültig der Nährboden entzogen worden. Heute verteidigen wir die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam.

Die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen ist heute dringender denn je. Die Politik der Organisatoren des Tags der Erinnerung und Mahnung – VVN-BdA –, wie sie im Aufruf zum Ausdruck kommt, zieht die falschen Lehren aus dem Aufstieg der Nazis und dem Kampf gegen diesen mörderischen Abschaum und ist daher ein Hindernis für den notwendigen proletarischen Kampf gegen den Faschismus und den Kapitalismus, der ihn ausbrütet. Der Kapitalismus muss durch eine Arbeiterrevolution hinweggefegt werden. Dazu ist es notwendig, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, die sich jeder Form von Ausbeutung und Unterdrückung entgegenstellt. ■

Spartakist-Abokampagne 2008

Stand Ende Woche 3 (2. November)

| Ortsgruppe | Stand | Quote |
|----------------|------------|------------|
| Berlin | 118 | 110 |
| Hamburg | 83 | 100 |
| Auf Entfernung | 1 | 10 |
| Gesamt | 202 | 220 |

- Jahresabo: € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

174

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Philadelphia: Staatsanwaltschaft will Todesstrafe für Mumia Abu-Jamal

Im Folgenden drucken wir einen Artikel aus Workers Vanguard Nr. 923, 24. Oktober, Zeitung der Spartacist League/U.S., leicht gekürzt ab.

Es gibt eine unheilvolle neue Entwicklung im Fall Mumia Abu-Jamals, eines unschuldigen Mannes, der aufgrund einer abgekarteten Verurteilung, 1981 einen Polizeibeamten aus Philadelphia getötet zu haben, seit 26 Jahren in Pennsylvania in der Todeszelle sitzt. Seit seiner Jugend bei den Black Panthers befindet sich Mumia, ein MOVE-Unterstützer und redengewandter Journalist, wegen seiner beherzten Verteidigung der Unterdrückten im Visier der rassistischen Herrscher. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft des Distrikts Philadelphia dem Obersten Gerichtshof mitgeteilt, dass sie die Hinrichtung Mumias anstrebt. Der Antrag der Staatsanwaltschaft, der bis zum 19. November vorgelegt werden muss, erhebt Einspruch dagegen, dass das Dritte Bundesberufungsgericht in diesem Frühjahr eine Entscheidung von Richter Yohn aus dem Jahre 2001 bestätigte, welche damals das Todesurteil aufhob, aber Mumias abgekartete Verurteilung bestätigte.

Die verbleibenden Möglichkeiten für Mumia im Rahmen des Gerichtssystems sind: 1.) Der Oberste Gerichtshof könnte dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgen. In diesem Falle würde die Todesstrafe erneut verhängt werden, ohne einen neuen Prozess. Dann würde der Fall an Richter Yohn zurückverwiesen werden, der in seinem Urteil von 2001 die Entscheidung über weitere von Mumia erhobene Beschwerden gegen das Todesurteil vertagt hatte. 2.) Der Oberste Gerichtshof könnte die Verhandlung von beidem ablehnen: sowohl des Antrags der Staatsanwaltschaft als auch des anstehenden Berufungsantrags von Mumias Anwalt Robert Bryan gegen die Entscheidung des Dritten Berufungsgerich-

**Es gibt keine Gerechtigkeit
in den kapitalistischen Gerichten!
Freiheit für Mumia, sofort!**

tes, der sich auf Rassismus bei der Geschworenenauswahl konzentriert (siehe „Drittes US-Bundesberufungsgericht verweigert Berufung“, *Spartakist* Nr. 173, September 2008). Dies würde die gegenwärtige Lage beibehalten: eine neue Anhörung zur Zumessung des Strafmaßes, wobei die beiden einzigen Alternativen entweder fortgesetzte lebenslängliche Haft oder ein neues Todesurteil wären. 3.) Der Oberste Gerichtshof könnte sich Bryans Berufungsantrag anschließen und so Mumia an das rassistische Gerichtssystem Philadelphias zurückverweisen, damit er erneut vor Gericht gestellt wird. Das könnte mit einem Freispruch enden; jedoch haben wir kein Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte, die sich über die Jahrzehnte hinweg geweigert haben, die Beweismaterial für Mumias Unschuld zu berücksichtigen, darunter auch das Geständnis Arnold Beverlys, dass er den Polizisten Daniel Faulkner getötet hat.

Wir haben uns stets dafür ausgesprochen, alle möglichen rechtlichen Schritte zu verfolgen. Doch der Oberste Gerichtshof hat sich bei vier vorhergehenden Berufungsanträgen von Mumias Anwälten geweigert, sie zu verhandeln. Der Oberste Gerichtshof ist das höchste Gericht der kapitalistischen Herrscher Amerikas, den Klassenfeinden von Arbeitern, Schwarzen und allen Unterdrückten. Unser Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal gründet auf der Strategie von Massenprotesten mit Schwerpunkt auf der multirassischen Arbeiterklasse, die die Macht hat, die Gerichte zum Einlenken zu zwingen. Das Partisan Defense Committee [eine mit der SL/U.S. verbundene Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung] hat stets erklärt: „Wir setzen all unser Vertrauen in die Macht der Massen und keinerlei Vertrauen in die ‚Rechtsprechung‘ der Gerichte.“ ■

Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia-Rechtsverteidigung“. Spenden an das KfsV, die mit „Mumia-Rechtsverteidigung“ gekennzeichnet sind, sowie Sammlungen des KfsV für Mumias rechtliche Verteidigung, werden quittiert und ohne Abzüge an das NLGF-Konto geschickt, das von Mumias Rechtsanwalt zu diesem Zweck bestimmt wurde.

Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.

Macht den Fall überall bekannt!

Bestellt die KfsV-Broschüre für € 1,-. Bestellt auch anderes Kampagnenmaterial: den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button; das PDC-Video (als VHS oder DVD auf Englisch oder Deutsch) *From Death Row, This Is Mumia Abu-Jamal* für € 10,-. Verbreitet das vierseitige Flugblatt *Freiheit für Mumia*, für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare (auch als PDF-Datei in sechs Sprachen auf www.partisandefense.org).

Holt Euch die Fakten!

Das neue PDC-Faktenblatt „Große Lüge im Dienste des staatlichen Lynchmordes“, erhältlich auf Deutsch (€ 0,20/Stück, € 5,-/30 Stück), Englisch und Französisch (€ 0,50/Stück, € 10,-/30 Stück)

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Fälschern und Anträgen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen

**Der Kampf für die Freiheit
von Mumia Abu-Jamal**

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Fälschern und Anträgen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen

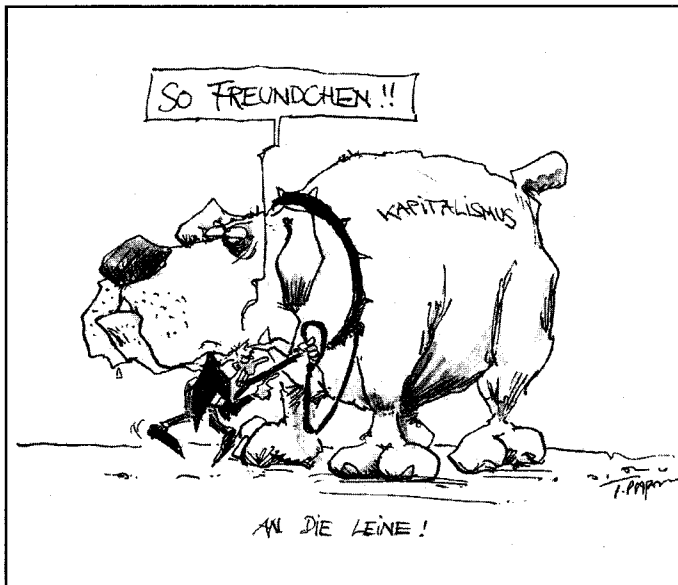
**Mumia ist unschuldig!
Freiheit jetzt!**

Proteste kontern: Kampagne für Hinrichtung
Siehe Seite 2
Erklärung von Mumia Abu-Jamal
Siehe Seite 4

PDC-Faktenblatt
GROSSE LÜGE
IM DIENSTE DES
STAATLICHEN LYNCHMORDES

KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin
Telefon: (030) 44394 01; Fax: (030) 44394 02
E-Mail: kfsv@online.de www.partisandefense.org

Bankverbindung: Werner Brand,
Commerzbank Berlin,
Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00



Finanzkrise...

Fortsetzung von Seite 1

gut gefahren bislang“ (*Der Spiegel*, 29. September). Das Ausmaß dieser verlogenen Heuchelei entspricht ganz dem Umfang des Rettungspakets. Die Marktwirtschaft war immer nur so „sozial“, wie die Kapitalisten die Arbeiterklasse fürchteten. Seit der konterrevolutionären Zerstörung von DDR und Sowjetunion sehen sich die Kapitalisten in Westeuropa nicht mehr gezwungen, mit den Errungenschaften der Planwirtschaft – billige Wohnungen, Arbeit für alle und gute Gesundheitsversorgung für jeden – zu konkurrieren. Die Kapitalisten und ihre Regierungen haben daher den sogenannten „Sozialstaat“ attackiert und die Ausbeutungsrate massiv nach oben getrieben. Mit der verhassten Agenda 2010 der SPD/Grünen-Regierung unter Schröder und Fischer wurden Millionen auf Hartz-IV-Hungerration gesetzt, der Niedriglohnsektor expandierte gewaltig und die Löhne der Arbeiter stagnieren oder sinken seit Jahren. Das Rentenalter wurde angehoben und dank Riester ist die Altersversorgung vieler nun abhängig von Aktien und Spareinlagen bei Banken, die nur dank Steuergeldern nicht bankrott sind – bis jetzt. All das wurde damit begründet, dass so die Wirtschaft wächst, was am Ende allen nützen würde. Was wuchs, waren die Profite und die Gier der Bourgeoisie nach immer mehr.

Der nachfolgende Artikel nimmt auch den liberalen, hier von der Sozialdemokratie propagierten Mythos auseinander, stärkere „Regulierung“ der Finanzmärkte durch die kapitalistischen Regierungen hätte die jetzige Krise verhindern können. Was „Deregulierung“ angeht, haben es SPD oder CDU gerade nötig, mit dem Finger auf die USA zu zeigen. Unter der Schröder/Fischer-Regierung wurde 2001 die massive Besteuerung von Unternehmensverkäufen abgeschafft, wodurch die Auflösung der sogenannten „Deutschland AG“ enorm beschleunigt wurde. Allianz, Münchener Rück und Deutsche Bank entflochten ihr Kapital und zogen sich aus inländischen Industrieunternehmen zurück. Die Rentenreform des gleichen Jahres spülte gewaltige Geldmengen in die Kassen des Finanzkapitals. 2004 gab Deutsche-Bank-Boss Joseph Ackermann eine Rendite von 25 Prozent als Ziel aus, und das erreicht man nicht durch „gewöhnliche“ kapitalintensive Ausbeutung. Das bedeutete, dort mitzuzocken, wo die höchsten Renditen lockten, und das war nicht zuletzt der US-Kreditmarkt. Gleichzeitig ließ die SPD/Grünen-Regierung Hedgefonds und den Handel mit Derivaten zu, hochspekulative Geldanlagen mit gewaltigen Renditeversprechen. Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition

wiederum ermöglichte die Förderung forderungsbasierter Papiere. Solche „gebündelten Forderungen“ dienten dazu, Risiken bei Geldanlagen zu verschleiern. Kurz und gut, das deutsche Finanzkapital kämpfte darum, im innerimperialistischen Konkurrenzkampf die Nase vorne zu behalten, der deutsche Staat unterstützte sie nach Kräften dabei und so stecken sie über beide Ohren in der US-Finanzkrise.

Noch viel härter trifft die Krise die von den Imperialisten abhängigen Länder Osteuropas, deren Wirtschaft durch die kapitalistische Konterrevolution und die daraus folgenden Schockprogramme verwüstet wurde. Ungarn wurde gerade mit 20 Milliarden Euro von EU und Internationalem Währungsfond (IWF) erstmal vor dem Staatsbankrott gerettet, die Ukraine bekommt über 13 Milliarden vom IWF und auch Polen und Tschechien droht eine Krise.

Das Triumphgeheul vom „Tod des Kommunismus“, das die Bourgeoisie und ihre Ideologen nach der Konterrevolution angestimmt haben, das Getöse von der angeblichen Überlegenheit der Marktwirtschaft, all das klingt nun recht hohl, wo die größten Kapitalgesellschaften, Banken und Versicherer, am Rande des Bankrotts stehen. Mit der Rezession um die Ecke könnte das Gleiche auch bald auf viele Industriekonzerne zutreffen. Marx' *Kapital* wird wieder gelesen. Wie immer, wenn angesichts kapitalistischer Missstände die „Gefahr“ besteht, dass sich Arbeiter nach einer Alternative zum Kapitalismus umsehen, wird die antikomunistische Hetzkampagne gegen die DDR um ein, zwei Gänge beschleunigt. So sorgt sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Mit den Banken scheint auch der Glaube an die (soziale) Marktwirtschaft den Bach runterzugehen“, und beschwört: „Trotz der Finanzkrise – Nie wieder DDR“ (7. Oktober). Trotz der stalinistischen Bürokratie verkörperte die Planwirtschaft der DDR, die durch die Enteignung der Bourgeoisie errichtet worden war, einen historischen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus. Hier wurde produziert, um Bedürfnisse zu befriedigen, und nicht, um Profite zu erwirtschaften wie im Kapitalismus. (Für unseren einzigartigen Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung siehe *Spartakist-Extrablatt, Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90*, 4. April 2000.)

Um die Arbeiterklasse zu beschwichtigen, haben SPD und CDU zynisch Bankmanager gerügt und eine Rückkehr zu „vernünftigem“ Wirtschaften angemahnt. Steinbrück ließ in einem *Spiegel*-Interview (29. September) die Bemerkung fallen: „Generell muss man wohl sagen, dass gewisse Teile der marxistischen Theorie doch nicht so verkehrt sind.“ Damit will er seinen Rettungsmaßnahmen für die Kapitalisten einfach ein linkes Mäntelchen umhängen. In dieser Situation versucht DIE LINKE die Arbeiter und Jugendlichen, die sich von der SPD abwenden, aufzufangen und im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu halten (siehe auch Rückseitenartikel dieser Ausgabe). So stimmte DIE LINKE gegen das Rettungspaket, wozu nicht viel gehörte, da von ihrer Stimme nichts abhing. Gregor Gysi erklärte am 17. Oktober im Bundestag:

„Können wir nicht zusammen darum ringen, ein Primat der Politik über Wirtschaft und Finanzen wiederherzustellen? Das ist auch eine Kernfrage der Demokratie; denn wenn der Vorstand der Deutschen Bank entscheidet, was der Bundestag und die Bundesregierung zu tun haben, und nicht wir entscheiden, was sie zu tun haben, dann ist die Demokratie schwer verletzt. Schließlich darf die Bevölkerung den Bundestag wählen, aber nicht den Vorstand der Deutschen Bank.“

Doch die Krise zerreißt gerade den Schleier der „Demokratie“ und legt den Klassencharakter des bürgerlichen Staates bloß als Staat der Kapitalistenklasse, *ideeller Gesamtkapitalist*: Zum Nutzen einer Handvoll märchenhaft reicher Kapitalisten (die Manager sind lediglich deren aus-

führendes Instrument) werden die Gewinne privatisiert, während die Verluste auf Kosten der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung vergesellschaftet werden. Genau das wird hier von Gysi vertuscht.

Da DIE LINKE den Kapitalismus unterstützt, hat sie keine Alternative dazu, dass die Bevölkerung zugunsten der Banken ausgeplündert wird. So begrüßte Oskar Lafontaine grundlegend das Rettungspaket: „Aber wenn die Bundesregierung sich weigert, für unsere Steuergelder staatliche Anteile zu fordern, dann ist das Paket nicht zustimmungsfähig. Zudem müsste längst ein Konjunkturprogramm gestartet worden sein“ (*Stuttgarter Zeitung* online, 20. Oktober). Was die staatliche Kontrolle der Banken angeht, so unterliegen auch diese den kapitalistischen Gesetzen der Finanzmärkte, die die Krise verursacht haben. Und das Beispiel der Bayern LB oder der West LB zeigt, dass kapitalistische Staatsbanken daher nicht weniger Teil der Krise sind als die Privatbanken. Wie der Führer der Russischen Revolution von 1917, W.I. Lenin, in seinem bahnbrechenden Werk *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1916) bemerkte, „ist ein Staatsmonopol in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich ein Mittel zur Erhöhung und Sicherung der Einkünfte für Millionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind“.

Und das sieht man plastisch in Berlin, wo der SPD/LINKE-Senat der Bevölkerung ein brutales Sparprogramm reinwürgt, um Milliarden in die damalige bankrotte Bankgesellschaft Berlin (BGB) zu pumpen, damit die Bonzen und Profiteure vorheriger korrupter Landesregierungen ihre Gewinne scheffeln können. 2003 verließ der Senat den Arbeitgeberverband, um den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst zu brechen. Massiv wurden Löhne gekürzt, Arbeitszeiten verlängert. Von damals 145000 Stellen im öffentlichen Dienst sind heute nur noch 109000 übrig, von denen in den nächsten zwei Jahren noch mal ca. zehn Prozent vernichtet werden sollen. Beim jetzigen Streik im öffentlichen Dienst versucht der Senat ein Exempel an ver.di zu statuieren. Vor 2009 will er sich nicht mal mehr mit der Gewerkschaft zu Verhandlungen treffen! Inzwischen wurden die profitablen Teile der BGB verkauft, während die 9,7 Milliarden Verluste von den Berlinern abgezahlt werden dürfen. SPD und LINKE machen im Kleinen vor, was jetzt im nationalen Rahmen und weltweit geschieht.

Was das Konjunkturprogramm angeht, so ist das Gerede Lafontaines darüber, dass arme Leute mehr Geld kriegen sollten, hohles Geschwätz. Im Grunde würde ein solches Programm -bedeuten, nicht nur den Banken, sondern auch der Industrie das Geld in den Rachen zu werfen. Worum es geht, ist nationalistischer Protektionismus, und so begrüßt Lafontaine den Vorstoß des konservativen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der angesichts dramatisch fallender Börsenkurse für eine Teilverstaatlichung strategischer Industriebetriebe in Europa eintritt. So sagte Lafontaine:



Chinn/Chronicle

Zwangsräumung einer Familie in Oakland, Kalifornien

„Wir müssen dafür Sorge tragen, dass ausländische Staatsfonds nicht europäische Unternehmen aufkaufen. Dazu brauchen wir eine abgestimmte Vorgehensweise der Europäer“ (*Neue Ruhr Zeitung / Neue Rhein Zeitung*, 21. Oktober). Das gleiche Programm vertritt die sozialdemokratische DGB-Führung, die das Rettungspaket der Regierung für die Banken begrüßt und ein Konjunkturprogramm von 25 Milliarden Euro für die deutsche Industrie fordert. Solcher Nationalismus ist Gift für das Klassenbewusstsein und spaltet die Arbeiter entlang nationaler Linien. Sie werden vor den Karren der jeweils „eigenen“ Bourgeoisie gespannt, also genau derjenigen, die die jetzige Krise zu verantworten haben. Die Krise *verschärft* die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Staaten, deren Bourgeoisien umso verbissener um die Aufteilung der schrumpfenden Absatzmärkte kämpfen. Solche Rivalitäten münden letztlich in innerimperialistische Kriege um eine Neuaufteilung der Welt.

Wir brauchen harten Klassenkampf, um die Interessen der Arbeiterklasse und der armen Bevölkerung gegen die kommenden Angriffe zu verteidigen. Dieser Kampf muss

Spartakist-Diskussionsveranstaltungen

Finanzkrise: Kapitalismus bankrott!

**SPD/LINKE: Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus
Arbeiter müssen herrschen!**

Für internationale sozialistische Planwirtschaft!

Hamburg

Samstag, 15. November, 16 Uhr
Curiohaus, Rothenbaumchaussee
15, Hinterhaus, EG
(Nähe Dammtorbahnhof)

Berlin

Samstag, 22. November, 16 Uhr
Mehringhof, Versammlungsraum,
Gneisenaustraße 2a
(U-Bhf. Mehringdamm)

internationalistisch sein – die Arbeiter verschiedener Länder dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, in einer nur abwärts führenden Spirale um die „Wettbewerbsfähigkeit“ ihrer jeweiligen Ausbeuter. Der nachfolgende Artikel erläutert das revolutionäre internationalistische Programm, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu verteidigen und hinzuführen zum notwendigen Kampf für den Sturz dieses gesamten irrationalen Profitsystems durch sozialistische Revolution.

WORKERS VANGUARD

6. OKTOBER — In der größten Rettungsaktion der US-Geschichte stimmte das Repräsentantenhaus dafür, über 700 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, um die „giftigen Anlagen“ von Banken und anderen großen Finanzinstituten aufzukaufen. In diesem Rettungsdeal, von internationalen Bankiers treffend als „cash for trash“ [Bares für Müll] bezeichnet, wird die Regierung eine Prämie für den „Müll“ in den Bank-Büchern bezahlen, vor allem für Hypotheken-Sicherheiten, bei deren massenhaftem Aufkauf sich Finanziers in spekulativen Machenschaften verzockt haben, um am US-Häusermarkt zu Barem zu kommen. Als diese Blase platzte, fingen Bankiers an, bei der Kreditvergabe an Geschäfte, Konsumenten und sogar ihresgleichen stark zu kürzen, was eine noch tiefere Wirtschaftskrise hätte auslösen können. Die Republikaner und Demokraten, die zwar zynischerweise die „Gier“ an der Wall Street geißelten, sprangen jedoch mit ihrer aus Steuergeldern bezahlten Subvention von fast einer Billion Dollar ein, um die Verluste der Ausplünderer im Banken- und Finanzsektor auszugleichen. Durch diesen Deal erhält US-Finanzminister Henry Paulsen – der selber fast eine halbe Milliarde Dollar während des Häuserbooms einstrich, als er noch Chef von Goldman Sachs war – fast uneingeschränkte Vollmachten, weitere Milliarden an die Wall-Street-Bonzen auszuteilen.

Bürgerliche Ökonomen und Medienexperten beschworen das Gespenst der Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre und bestanden darauf, dass die Rettung der Wall Street der Preis sei, den jeder zahlen müsse, um die Stabilität wiederherzustellen. Jedoch glaubt so gut wie keiner, dass das Rettungspaket viel für die Wirtschaft tun wird; die Aktienkurse stürzen weiter, und Kredite werden noch spärlicher. Man braucht nicht *Die Sopranos* zu gucken, um Erpressung zu erkennen, wenn sie einem ins Gesicht starrt.

Die Arbeiterklasse, die Armen und Unterdrückten müssen sich vor allerlei Unheil fürchten, während die Krise auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Zwangsvollstreckungen fegen durchs ganze Land in einem Ausmaß, wie man es seit der Krise in den 30er-Jahren nicht mehr gesehen hat. Die weit verbreitete Zerstörung ganzer Rentenpläne bedeutet, dass viele zusehen müssen, wie die Rentenanlagen, die in Aktien und auf anderen Konten angelegt wurden, sich in Luft auflösen. Ein Artikel in der *New York Times* vom 30. September legte nahe, dass Menschen, die kurz vor der Rente stehen, sich doch überlegen sollten, ein paar Jahre länger zu arbeiten, damit die „Zauberkräft des Marktes“ ihre angeblichen Wunder vollbringt. Ein paar Tage später wurde bekannt gegeben, dass es im September nun zu dem größten monatlichen Verlust an Arbeitsplätzen seit fünf Jahren gekommen war – 159 000 Jobs gingen verloren. Hinzu kommen die etwa 600 000 Jobs, die allein seit Beginn des Jahres verschwunden sind. Über 6,1 Millionen Menschen arbeiten Teilzeit, weil ihre Arbeitszeit gekürzt wurde oder sie keine Vollzeit-Beschäftigung finden konnten. Und jene, die noch eine Arbeit haben, rutschen mit jedem Tag tiefer in die Schuldenfalle, während sie versuchen, irgendwie zurecht zu kommen – die Miete oder die Hypothek zu bezahlen,

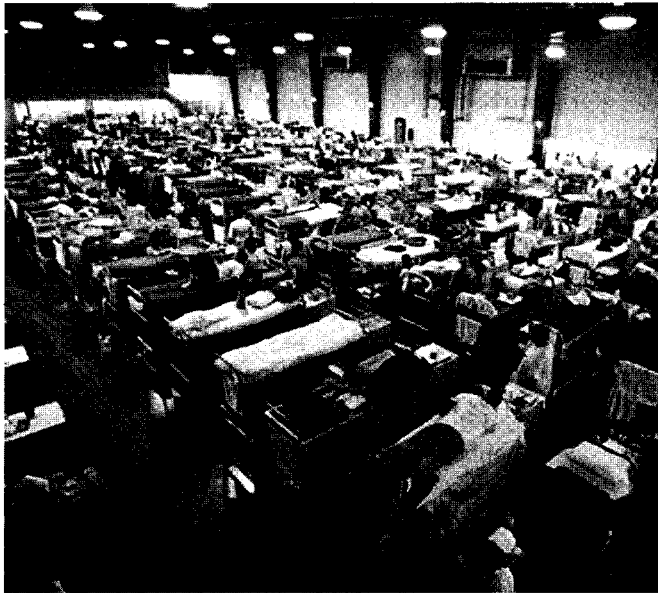
Lebensmittel und Benzin zu kaufen, Kreditkarten- und andere Schulden zu tilgen, Rechnungen und Abzahlungen fürs Auto zusammenzubringen.

Im ganzen Land sind arbeitende Menschen darüber empört, dass ihre Steuergelder in die Taschen derjenigen wandern, die für ihren Ruin verantwortlich sind. Populistische Appelle an diese Stimmung kamen weniger von den Demokraten, die sich meist gerne als die „Freunde des kleinen Mannes“ ausgeben, als von den republikanischen Kongressabgeordneten. Republikanische Stimmen waren es, die anfänglich den Rettungsplan zu Fall brachten, was zum größten Tagesverlust des Dow-Jones-Aktienindex in seiner Geschichte führte. Die republikanischen Tiraden gegen „Regierungseinmischung“ gelten schon lange in diesem Land als Codewort für den Abbau sämtlicher sozialer Maßnahmen, die irgendwie der Arbeiterklasse, Schwarzen, Immigranten, Armen, Kranken und Senioren zugute kommen.

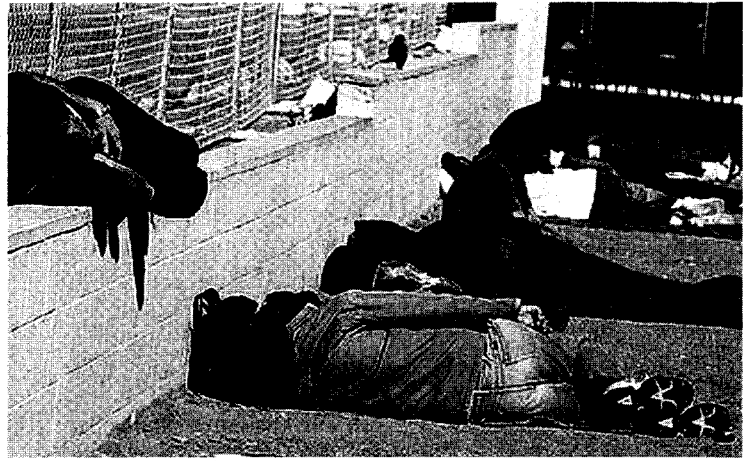
Seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 haben die amerikanischen Herrscher den angeblichen „Tod des Kommunismus“ gefeiert. Dabei sind sie über die Gewerkschaften hergefallen, haben die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse hochgetrieben und das Leben der Armen unerträglich gemacht, besonders das der enteigneten schwarzen Menschen in den Innenstädten. Jetzt stellen die republikanischen Kongressabgeordneten das Rettungsprogramm der Regierung für jene, die sich massiv auf Kosten der Arbeiterklasse und der Armen bereicherten, als – in den Worten des texanischen Republikaners Jeb Hensarling – „die schiefe Bahn zum Sozialismus“ dar!

Die gegenwärtige Finanzkrise ist ein überzeugendes Argument für eine durchgreifende sozialistische Revolution in diesem Land, eine Revolution, die die Banken, Fabriken, Bergwerke, Hütten und andere Produktionsmittel aus den Händen der Kapitalisten reißt, die den Reichtum, der von der Arbeiterklasse erzeugt wird, aneignen und verprassen. Im Gegensatz zu sozialdemokratischen Reformisten wie die International Socialist Organization (ISO), deren Aufruf, die Banken zu verstaatlichen, eine eigene Version eines Rettungsprogramms der Regierung ist, reden wir nicht davon, diejenigen zu entschädigen, die das Land in den Ruin getrieben haben. Die ISO jammert: „Was wirklich in dieser Krise erforderlich ist, ist eine vollkommen andere Art von Intervention seitens der Regierung“ (*Socialist Worker* online, 1. Oktober). Was *wirklich* gebraucht wird, ist eine völlig andere Form der Regierung, eine Regierung der und für die Arbeiterklasse. Der Kapitalismus kann erst durch eine proletarische Ergreifung der Staatsmacht niedergedrungen werden, die das Privateigentum an Produktionsmitteln abschafft und eine geplante sozialistische Wirtschaft einführt. Erst dann werden der Reichtum und die Produktionskapazitäten der Gesellschaft benutzt werden, um die Bedürfnisse der Mehrheit zu befriedigen und nicht die Profite einiger Weniger.

Die Arbeiterklasse ist die einzige objektiv revolutionäre Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft; mit ihren Händen an den Produktionsmitteln hat sie die soziale Macht und das Interesse, dieses zutiefst unmenschliche System in einer sozialistischen Revolution hinwegzufegen. Das wesentliche Problem jedoch ist das politische Bewusstsein. Es ist für amerikanische Arbeiter ganz üblich, sich als Angehöriger der „Mittelklasse“ zu charakterisieren. Dieses falsche Bewusstsein wird in die Arbeiterklasse durch die pro-kapitalistische Gewerkschaftsbürokratie hineingetragen und von der reformistischen Linken verstärkt, die entweder offen oder hinter vorgehaltener Hand den kapitalistischen Politikern, die das „kleinere Übel“ darstellen, Unterstützung geben. Arbeitende Menschen brauchen ihre eigene Partei, eine revolutionäre Arbeiterpartei, die den Kämpfen der Arbeiterklasse eine bewusste Führung gibt, nicht nur um



AP



Brekken/L.A. Times

Oben: Obdachlose in Las Vegas. Links: Turnhalle des Staatsgefängnisses in San Quentin mit fast 400 Häftlingen. Überfüllte Gefängnisse sind charakteristisch für verfaulenden amerikanischen Kapitalismus

ihre jetzigen Bedingungen zu verbessern, sondern um das ganze System der kapitalistischen Lohnsklaverei abzuschaffen. Wir sind aus Prinzip gegen jegliche politische Unterstützung für irgendeinen kapitalistischen Politiker – Barack Obama, John McCain oder Cynthia McKinney – Demokrat, Republikaner, Grüne oder „Unabhängig“. Brecht mit den Demokraten! Für eine Arbeiterpartei!

Die Fesseln der Klassenzusammenarbeit

In einer Presseerklärung vom 19. September erklärte John Sweeney, der Präsident des AFL-CIO-Gewerkschaftsdachverbands, der Kongress müsse absolut „sicherstellen, dass der Plan der Regierung nicht nur Wall Street aus der Klemme hilft, sondern auch auf den wahren Schmerz der kleinen Leute reagiert“, wobei „permanente Lösungen im Wirtschaftsprogramm von Barack Obama gefunden werden können“. Die Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie für die Demokratische Partei ist ein zentraler Ausdruck ihrer Loyalität gegenüber dem amerikanischen Kapitalismus. Sie hat lange schon die Kampfkraft der organisierten Arbeiter geschwächt, indem sie die Gewerkschaften an eine Partei fesselt, die genauso wie die Republikaner die Interessen des kapitalistischen Klassenfeindes vertritt. Der Preis dieser Politik sind nicht einfach oder gar hauptsächlich die Millionen, die den Demokraten zu Wahlkampfzeiten zugeschoben werden, sondern die brutalen Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse, die ganze Zerstörung von gewerkschaftlich organisierten Jobs, der Abbau der Gesundheitsversorgung, das Elend in den Ghettos und die massive Einkerkierung von Schwarzen, die rassistischen Razzien und Abschiebungen von Immigranten.

Vom Parkett des Senats, wo er sich zu jenen gesellte, die für das Rettungspaket stimmten, rief Obama angesichts des finanziellen GAUs zu einer Versöhnung der Ausgebeuteten und Ausbeuter auf:

„Wir alle müssen Opfer bringen. Wir alle müssen unser Gewicht in die Waagschale werfen, denn jetzt, mehr als jemals zuvor, stecken wir alle gemeinsam in dieser Situation. Das gehört mit zu den Lehren dieser Krise. Denn letzten Endes gibt es keine wirkliche Trennung zwischen Wall Street und der kleinen Leute. Es gibt nur den Weg, den wir gemeinsam als Amerikaner beschreiten.“

Obama ist der erste schwarze Kandidat mit wirklichen Aussichten, zum Oberbefehlshaber des US-Imperialismus gewählt zu werden, was bisher in diesem zutiefst rassistischen Land so gut wie undenkbar war. Die gewaltsame Unterwerfung der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung ganz unten in der Gesellschaft war und ist immer noch ein zen-

traler Grundstein des amerikanischen Kapitalismus. Und seine Siegeschancen mögen gut und gern einen Auftrieb durch die Krise an der Wall Street erhalten haben. Die Fassade der Demokratischen Partei als „Freund“ der Arbeiter und Schwarzen hat sie historisch zur Partei gemacht, die die amerikanische Bourgeoisie am liebsten in Krisenzeiten am Steuer sieht – entweder bei der Mobilmachung zum Krieg oder mit Appellen, im „Interesse der Nation“ den Gürtel enger zu schnallen. Dieser Zustand wurde durch die zunehmenden Antipathien in der Bourgeoisie für die geistesgestörten Fundamentalisten der Republikanischen Partei im und außerhalb des Weißen Hauses weiter genährt. Ein Artikel in der *New York Times* vom 3. Oktober bemerkte: „In diesem Kampagnenzyklus verloren die Republikaner weiter an Boden, was die Parteizugehörigkeit von Wählern angeht, besonders bei Wählern mit hohem Einkommen und jenen, die sich als Fachleute und Manager bezeichnen. Noch mehr als 2006 bevorzugten Spender aus Unternehmen die Demokraten.“

Obama lässt McCain weit hinter sich, was Spenden von Hedgefonds-Managern, Anlagen- und Investment-Häusern und Geschäftsbanken betrifft – d. h. von denselben stinkreichen Spekulanten, deren Schulden aus Fehlspekulationen am Häusermarkt jetzt von den Steuerzahlern abgezahlt werden. Sie rechnen damit, und das nicht ohne Grund, dass eine Administration unter der Demokratischen Partei fähiger sein würde, den Deckel auf sozialem Unmut zu halten, indem sie derselben zermalmenden Unterdrückung und Ausbeutung, die von den Republikanern so blendend umgesetzt wird, ein netteres Gesicht verpasst. Einige beziehen sich dabei auf die Wahlen von 1932 – mitten in der Weltwirtschaftskrise –, die den Demokraten Franklin Delano Roosevelt (FDR) an die Macht brachte. Nur reden die Demokraten heutzutage nicht von einem „New Deal“. Alles, was jetzt angeboten wird, ist ein „harter Deal“ für die Arbeiterklasse, der die Ausgebeuteten und Unterdrückten für die Verbrechen des Kapitalismus zahlen lässt.

Es ist ja sowieso einfach ein liberaler Mythos, der „New Deal“ von FDR hätte die USA aus der Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre herausgezogen. Die amerikanische Wirtschaft erreichte das Niveau von den Jahren vor 1929 erst, als das imperialistische Abschlagen des Zweiten Weltkriegs die Kriegsindustrie auf Hochtouren laufen ließ. Der „New Deal“ war allerdings darin erfolgreich, dass er einer proletarischen sozialistischen Bewegung zuvorkam. In den 30er-Jahren kämpften amerikanische Arbeiter in harten Klassenschlachten erstmals für die Massenorganisation in Industriegewerkschaften. Jedoch wurde diese keimende

Radikalisierung der Arbeiter von den Stalinisten und Sozialdemokraten, die an der Spitze dieser Gewerkschaften standen, in FDRs Demokratische Partei hineingeleitet.

Heute wird der Preis für die Treue der Gewerkschaftsbonden gegenüber den Demokraten sichtbar in der Verwüstung vieler dieser Industriegewerkschaften, die in den Schlachten der 30er-Jahre geschmiedet wurden. Der Verlust von Abermillionen Jobs in der Fertigung seit Beginn der Deindustrialisierung Amerikas vor 30 Jahren trifft die schwarze Bevölkerung am härtesten. Der Arbeitsplatzabbau in der Produktion brachte einen parallelen Anstieg der Gefängnisbevölkerung mit sich, als überwiegend schwarze und lateinamerikanische Jugendliche im rassistischen „Krieg gegen Drogen“ verhaftet und eingekerkert wurden. Einst eine Reservearmee von Arbeitskräften für die amerikanischen Kapitalisten, werden die Bewohner der Ghettos zunehmend als überflüssige Bevölkerung verdammt, die es nicht einmal „wert“ sei, selbst die mieseste Sozialhilfe von den kapitalistischen Herrschern zu bekommen, die ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigen.

Es war der demokratische Präsident Bill Clinton, der „Sozialhilfe, so wie wir sie kennen“, beendete und alleinerziehende Mütter und deren Kinder zu unaussprechlicher Armut und Hunger verurteilte. Jetzt bläst Obama ins selbe Horn und verurteilt junge schwarze Männer als „deadbeat dads“ [verantwortungslose Väter], die ihre nichtvorhandenen Gürtel enger schnallen sollen. Die offizielle Arbeitslosenquote für Schwarze liegt bei 11,4 Prozent, doch laut manchen Ökonomen beträgt die tatsächliche Arbeitslosenrate für alle Schwarzen im arbeitsfähigen Alter in diesem Land unfassbare **42 Prozent!** In einigen überwiegend schwarzen und lateinamerikanischen Vierteln in Süd-Chicago und auch im Großraum Detroit wurde bzw. wird gerade **jeder 20. Haushalt** zwangsvollstreckt. Die Antwort der Demokraten und der Republikaner ist die Verurteilung derer, die mit minderwertigen Hypotheken und anderen Kreditbetrügereien reingelegt wurden, sie würden „auf zu großem Fuße leben.“

Genug! Die Situation schreit nach Klassenkampf gegen die Angriffe der kapitalistischen Herrscher. Die Arbeiter brauchen eine kämpfende Führung, die die Macht der multirassischen Arbeiterklasse entfesselt in einem Kampf nicht nur für ihre eigenen Interessen, sondern auch für die Rechte der Schwarzen und die Verteidigung von Immigranten. Das heißt zuallererst, die von den gegenwärtigen Irreführern der Arbeiterklasse geschmiedeten Ketten, durch die sie an ihre Ausbeuter gefesselt wird, zu sprengen.

Die Politik, die Demokratische Partei als das „kleinere Übel“ zu sehen, hat nur dem Zweck gedient, die rassistische Hölle des kapitalistischen Amerikas aufrechtzuerhalten, wo die immer brutalere Ausbeutung der Arbeiter durch rassistische und ethnische Spaltungen angeheizt wird. Obwohl Obama kaum Raum für Illusionen bietet, seine Wahl würde auf irgendeine Weise die Lebensbedingungen für Schwarze in diesem Land verbessern, hegen dennoch viele die Illusion, dass ein schwarzer Präsident zumindest die verkrusteten Rassenbeziehungen in diesem Land aufbrechen wird. Man muss nur auf die vielen schwarzen Demokraten schauen, die in Großstädten zu Bürgermeister gewählt wurden. Ihr Job war es, die arbeitenden Menschen und Schwarzen unten zu halten – diese Rolle hat der ehemalige New Yorker Bürgermeister David Dinkins so ausgedrückt: „Wenn es von mir kommt, werden sie es schlucken.“ Obama will einfach Aufseher über die gesamte Plantage werden.

Schwarze Arbeiter sind ein wesentlicher Bestandteil der organisierten Arbeiterbewegung und sind in strategisch wichtigen Sektoren der Arbeiterklasse integriert. Der Weg zur Freiheit für Schwarze und zur Emanzipation der gesamten Arbeiterklasse kann nur durch die Zerstörung des ame-

rikanischen Kapitalismus, in dem die Unterdrückung der Schwarzen seine Wurzeln hat, verwirklicht werden. Erst wenn die Arbeiterklasse die Wirtschaft den kapitalistischen Ausbeutern entrissen und auf sozialistischer Grundlage umorganisiert hat, ist damit die materielle Grundlage für die volle Gleichheit und Integration der schwarzen Menschen geschaffen. Für eine klassenkämpferische Führung der Gewerkschaften! Für Schwarzenbefreiung durch sozialistische Revolution! Die, die arbeiten, müssen herrschen!

Der Mythos der „Regulierung“

Es ist jetzt zur Binsenweisheit geworden, besonders in liberalen Kreisen, den Zusammenbruch an der Wall Street auf unzulängliche Regulierung seitens der Regierung zurückzuführen und diese unzulängliche Regulierung wiederum auf den angeblichen Glauben der Republikaner an den „Fundamentalismus des freien Marktes“. In einem Leitartikel der *New York Times* vom 20. September heißt es:

„Diese Krise ist das Ergebnis eines gewollten und systematischen Versagens der Regierung, die Aktivitäten von Bankiers, Kreditgebern, Hedgefonds, Versicherern und anderer Spieler am Markt zu regulieren und zu beobachten. Sie alle spielten einen hochriskanten Poker mit dem Finanzsystem, aber ohne hinreichende Transparenz, Aufsicht und Überwachung.“

Auf ähnliche Weise griff Obama seinen republikanischen Rivalen in der Debatte am 26. September an und zeterte: „Das ist der letztendliche Urteilsspruch über acht Jahre verfehlter Wirtschaftspolitik, die von George Bush gefördert und von Senator McCain unterstützt wurde – die Theorie, die im Grunde besagt, dass wir Regeln zerreißen können.“

In Wirklichkeit gehört ein Spekulationsrausch, der unausweichlich zusammenbricht, zum Wesen des Kapitalismus. Ein Beispiel wäre der Südseeschwindel von 1720 in England, als wild gewordene Spekulationen mit Aktien der South Sea Company zu einem Finanzkollaps führten, dessen Einfluss international spürbar war. (Der 2002 erschienene Roman *Die Papierverschwörung* von David Liss ist eine gute Lektüre zu diesem Thema.) Man muss nur auf die letzte große Finanzkrise in den USA zurückschauen, den Kollaps des Dotcom-Börsenbooms 2000/2001. In diesem Fall blähte sich die Spekulationsblase unter der demokratischen Clinton-Administration auf, und nicht unter einem republikanischen Weißen Haus. Die wild wuchernde Inflation von Finanzwerten – was Marx *fiktives Kapital* nannte – konzentrierte sich auf Unternehmensaktien und nicht auf neumodische exotische Wertpapiere wie CDOs (Collateralized Debt Obligations) und CDSs (Credit Default Swaps).

Transaktionen auf dem Aktienmarkt waren und sind von der Securities and Exchange Commission [US-Börsenaufsichtsamt] hochgradig reguliert. Dennoch wurden auf dem Höhepunkt der Blase des Jahres 2000 die Aktien der Firmen, die im S&P 500 Index geführt werden, **36-mal** höher bewertet als der durchschnittliche Gewinn dieser Firmen in den fünf vorhergehenden Jahren. Das sogenannte Kurs-Gewinn-Verhältnis war auf dem höchsten Niveau des ganzen Jahrhunderts. Als der Kollaps kam, wurde **mehr als ein Drittel** des Papierwerts auf dem Aktienmarkt vernichtet. Dann kam eine Rezession, weil die Ausgaben von Firmen für neue Ausrüstung und Produktionsanlagen abstürzten und die Beschäftigung in drei aufeinanderfolgenden Jahren stark zurückging.

In allen modernen kapitalistischen Ländern ist die allgemeine Bereitstellung von Geld und Krediten durch Maßnahmen der jeweiligen Zentralbank geregelt. Keine dauerhafte Spekulationsblase – ob sie nun auf Unternehmensaktien oder hypothekengestützten Sicherheiten basiert – kann hinter dem Rücken der Zentralbank entstehen. Und die Federal Reserve [Fed], die US-Zentralbank, half mit ihrer Politik

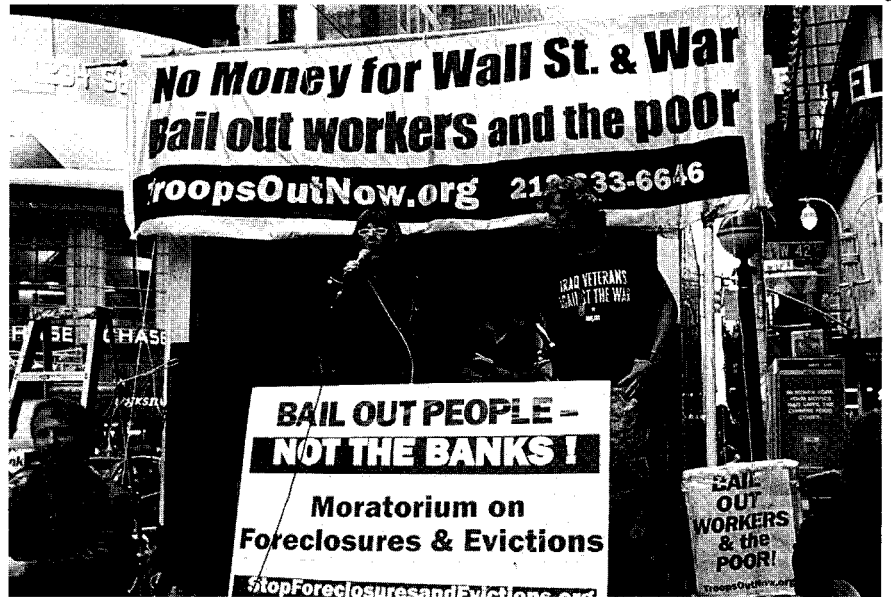
des „leichten Geldes“, den ersten Aktienboom und dann die Immobilienblase anzuheizen. Als die dann platzte, flutete die Fed die Finanzmärkte mit Geld. Bis 2003 senkte sie die Leitzinsen für kurzzeitige Darlehen an die Mitgliedsbanken von 6,5 auf 1 Prozent – die niedrigste Rate seit einem halben Jahrhundert. Während des größten Teils dieser Periode lag die sogenannte Federal funds rate [Tagessatz zwischen den Banken] *unterhalb der laufenden Inflationsrate*. Das bedeutete nichts anderes, als dass die Regierung Geld – und zwar so viel wie sie wollte – kostenlos an die Finanziere der Wall Street aushändigte. Kein Wunder also, dass diese es dann rücksichts- und hemmungslos ausgaben.

Ende 2004 warnte der Londoner *Economist*, dass Amerikas „Politik des leichten Geldes über ihre Grenzen hinausgeschossen ist“ und „in Aktienkurse und Häuser auf der ganzen Welt fließt, wodurch eine Reihe von Vermögenswertblasen entsteht“. Fast alle europäischen Länder wurden mit spekulativen Blasen infiziert, und zwar ungeachtet des politischen oder ideologischen Charakters ihrer Regierungen oder besonderer Gesetze und Praktiken, die deren Finanzmärkte regulieren. Länder wie Spanien, die von sozialdemokratischen Parteien regiert wurden, machten eine noch extremere Inflation bei Immobilien durch als die USA.

Jetzt stehen diese und andere europäischen Länder vor dem Tag der Abrechnung. Im letzten Herbst ging eine große britische Bank, Northern Rock, die sich auf Hypothekendarlehen spezialisierte, bankrott und musste von der Regierung übernommen werden. In den letzten paar Wochen waren die Regierungen Frankreichs, Belgiens und der Niederlande mit „Rettungs“-aktionen für zwei Großbanken beschäftigt – Dexia und Fortis. Die schweizerische UBS – eine der größten Banken der Welt – ist durch starke Verluste angeschlagen, und jetzt spricht man über eine Rettung dieses Titans. Die deutsche Regierung kündigte an, dass sie alle privaten Ersparnisse mit einer Bürgschaft von über 500 Milliarden Euro absichern würde, nachdem eine Gruppe von Banken sich aus einem Deal verabschiedete, der die große deutsche Hypothekenbank Hypo Real Estate mit über 35 Milliarden Euro retten sollte. Thomas Mayer, Chefökonom der Deutschen Bank, beklagte: „In der heutigen Zeit dehnt sich ein Bankensturm auf die ganze Welt und nicht nur einen Häuserblock aus.“ Zu behaupten, dass die gegenwärtige internationale Finanzkrise durch mehr Regulierung und bessere Aufsicht von Washington hätte verhindert werden können, ist genauso unsinnig wie ein Argument, dass die Zerstörung durch eine 30 Meter hohe Tsunami-Welle hätte verhindert werden können, wenn man eine zwei Meter hohe Mole einen Meter höher gebaut hätte.

Auf politischer Ebene sind die westeuropäischen imperialistischen Herrscher hin- und hergerissen zwischen ihrer Besorgnis über die Folgen des Zusammenbruchs der Wall Street und der Schadenfreude über die plötzliche Schwächung ihres amerikanischen imperialistischen Rivalen. Eine kürzliche Studie des deutschen Wirtschaftsministeriums spricht von einem „merklich verschlechterten außenwirtschaftlichen Umfeld“. Auf der hämischen Seite (die nicht allzu lange hielt) steht ein von der führenden deutschen bürgerlichen Zeitschrift *Der Spiegel* online [auch auf englisch] veröffentlichter langer Artikel mit dem Titel „Das Ende der Arroganz: Amerika verliert seine dominante wirtschaftliche Rolle“:

„Der amerikanische Turbokapitalismus mit seinem Dreisatz aus billigem Geld, freien Märkten und zweistelligen



New York, 27. September: „Helft den Menschen aus der Klemme, nicht den Banken!“ Reformisten schüren Illusionen bei Protest, Kapitalismus könne Interessen von Arbeitern und Unterdrückten dienen

Gewinnmargen hat im vergangenen Vierteljahrhundert weltweit die wirtschaftlichen Standards gesetzt. Jetzt entpuppt er sich als gigantisches Schneeballsystem, dessen krachender Zusammenbruch zugleich die weltpolitische Stellung der USA erschüttert.“ [*Der Spiegel*, 29. September – die ursprüngliche deutsche Überschrift lautet: „Der Preis der Überheblichkeit. Eine Wirtschaftskrise verändert die Welt“]

Der gegenwärtige wirtschaftliche Zusammenbruch demoliert die von verschiedenen liberalen und radikalen Ideologen verkaufte Vorstellung einer neuen Ära der „Globalisierung“, wonach die kapitalistische Herrschaft den Rahmen des Nationalstaats überschritten hätte und Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds zu einer Art kapitalistischen Weltregierung geworden seien. Gegenwärtig überschlagen sich die nationalen Bourgeoisien verschiedener kapitalistischer Länder, einschließlich derjenigen im Konsortium der Europäischen Union, um ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Irlands kürzliche Maßnahme, für die Schulden und Guthaben seiner sechs größten Banken zu bürgen, rief den Zorn der britischen New-Labour-Regierung hervor, die sich um den Verlust von Anlegern bei ihren eigenen Banken sorgte, weil es die Leute in grünere Gefilde zog.

Ein Artikel auf der Website der *Financial Times* vom 3. Oktober bemerkte, dass das „Fehlen einer einheitlichen Regulationsstruktur und einer koordinierten europäischen Antwort einige Regierungen dazu führte, einseitig zu handeln, um ihre Banken zu schützen, obwohl sie damit riskierten, ihre Nachbarn wütend zu machen“. Im selben Artikel wird Willem Buijer zitiert, ein Professor an der London School of Economics, der in seinem *Financial-Times*-Blog schrieb: „Die irische Bürgschaft ist die schrillste Provokation, um seinen Nachbarn an den Bettelstab zu bringen, seitdem Armeen im Mittelalter mit der Beulenpest infizierte Leichen in die von ihnen belagerten Städte katapultierten.“ Inzwischen haben die Holländer ihren Teil des Deals mit Belgien, Fortis zu retten, zerrissen und erklärt, dass sie diese Gelder dafür ausgeben werden, die volle Kontrolle über die Geschäfte der Bank in den Niederlanden zu übernehmen.

Der Mythos der „Globalisierung“ baute auf der liberalpazifistischen Vorstellung auf, die Kapitalisten bräuchten keine Staatsmacht – d.h. Formationen bewaffneter Menschen –, um ihre Interessen sowohl gegen die Ausgebeute-

ten im eigenen Land als auch gegen kapitalistische Rivalen in anderen Ländern zu verteidigen. Da die Welt heute wieder einmal von einer Wirtschaftskrise geschüttelt wird, spitzen sich die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten, die schon zweimal zu einem Weltenbrand führten, wieder zu. Der tödliche Chauvinismus der Irreführer der Gewerkschaften, mit dem sie gegen ausländische Konkurrenz „amerikanische Jobs verteidigen“ – auch gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat, wo die Kapitalistenherrschaft durch die Revolution von 1949 gestürzt wurde –, dient lediglich dazu, die Interessen der amerikanischen imperialistischen Herrscher gegen die Arbeiterklasse im In- und Ausland zu verteidigen. Die Verteidigung der Klasseninteressen des Proletariats muss von dem Programm der internationalen Solidarität und des Kampfes durchdrungen sein, den Karl Marx und Friedrich Engels vor über 160 Jahren auf das Banner der kommunistischen Bewegung schrieben: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Reform kontra Revolution

In einem Leitartikel „Why not a bailout for the rest of us?“ [Warum hilft niemand dem Rest von uns aus der Klemme?] (*Socialist Worker*, 1. Oktober) ruft die International Socialist Organization dazu auf, „dem Wall-Street-Casino das hochriskante Glücksspiel zu verbieten“. Das erinnert an den Gendarmen in *Casablanca*, der erklärte, dass er „schockiert“ sei, in Ricks Casino Glücksspiel vorzufinden. Doch ist dies nur ein Ausdruck davon, dass die ISO Werbung für die angeblich der kapitalistischen Klassenherrschaft innewohnende Demokratie macht, die ausreichender Druck vom „Volk“ dazu bringen könne, den Interessen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten zu dienen.

Für den Fall, dass jemand den Aufruf des Leitartikels zur Verstaatlichung des Bankensystems mit einem Angriff auf die bürgerliche Herrschaft verwechseln könnte, beeilt sich die ISO hinzuzufügen: „Verstaatlichte Banken sind nichts Neues. Für einen Großteil der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren sie in Westeuropa die Norm – und sie blieben erzkapitalistische Institutionen.“ Kein Scherz! Aus dem Munde reformistischer Massenparteien in Europa, wie z. B. der alten Labour Party in Britannien, waren Aufrufe zur Verstaatlichung typischerweise nichts anderes als ein Rezept zur Rettung von bankrotten Unternehmen und Finanzinstituten. In diesem Licht gibt sogar die ISO zu: „Es ist schwierig, die kürzlichen Abenteuer der Regierung in der Bankenindustrie anders als mit Verstaatlichung zu beschreiben.“

Um eine Verwechslung ihrer eignen Vorschläge mit dem 700 Milliarden Dollar schweren Rettungspaket der US-Regierung zu vermeiden, argumentiert die ISO: „Ein wirtschaftlicher Rettungsplan zu arbeiterfreundlichen Bedingungen würde viel mehr beinhalten als nur die Verstaatlichung der Banken.“ Dem folgt ein Wunschzettel von nützlichsten Programmen wie der Aussetzung von Zwangsversteigerungen, Schaffung von Arbeitsplätzen, öffentliche Arbeiten, um Schulen und Wohnungen in den Innenstädten wieder aufzubauen, und so weiter. Das Ganze wird von der Workers World Party (WWP) in ihrem Artikel „Handout to the Rich Ignites People's Anger“ [Verteilung an die Reichen entfacht die Wut des Volkes] (*Workers World*, 1. Oktober) nachgeplappert. Dort fordern sie „ein Einfrieren aller Betriebsschließungen und Entlassungen ... und eine Senkung von Sprit-, Lebensmittel- und Wohnnebenkosten“ sowie jede Menge anderer guter Sachen. Ginge es nach den Träumen der ISO oder der WWP, könnten und würden alle diese Forderungen irgendwie vom kapitalistischen Staat zum Gesetz gemacht werden. W.I. Lenin, der Führer der bolschewistischen Revolution von 1917, schrieb vor fast einem Jahrhundert, dass das Parlament „in der bürgerlichen Demokratie *nie* über die wichtigen Fragen *entscheidet*: diese Fra-

gen werden von der Börse, von den Banken entschieden“.

Die WWP gibt sogar Ratschläge: „genau genommen würde von einem kapitalistischen Gesichtspunkt Hilfe für die Hausbesitzer schlechte Schulden in bezahlbare Schulden umwandeln. Das würde tatsächlich die finanzielle Krise des Systems lindern.“ Dennoch ist die WWP, im Unterschied zum ISO-Leitartikel, wenigstens in der Lage die Worte auszusprechen, dass die gegenwärtige Krise ein Produkt des kapitalistischen Systems der Produktion für Profit ist. Sie ruft sogar zum „Kampf“ auf als dem „einzigsten Weg, durch den ein wirklicher, tiefgreifender Wandel stattfinden kann“. Doch damit die Arbeiterklasse, die Schwarzen und die Armen das Geld in die Hand bekommen können, das für Arbeit, Bildung und Gesundheitsversorgung sorgt, muss die Macht der Bourgeoisie gebrochen werden, die den Reichtum besitzt, der von der Arbeit derer, die ihn produziert haben, gestohlen wurde.

Im Übergangsprogramm, dem am Vorabend des Zweiten Weltkriegs geschriebenen Gründungsdokument der Vierten Internationale, stellte der bolschewistische Führer Leo Trotzki eine Reihe von Forderungen auf, die darauf abzielten, von den Kämpfen der Arbeiterklasse eine Brücke hin zu dem Verständnis zu bauen, dass es notwendig ist, das zerfallende und anarchische kapitalistische Profitsystem zu stürzen. Um der Ausbeutung, dem Raub und dem Betrug der kapitalistischen Eigentümer und dem Schwindel der Banken die Maske vom Gesicht zu reißen, argumentierte er, dass die Arbeiter von den Kapitalisten fordern sollten, ihre Bücher zu öffnen, um „die Kulissenschiebereien und Gaunereien der Banken und Trusts aufzudecken und schließlich, vor den Augen der gesamten Gesellschaft die unsägliche Vergeudung menschlicher Arbeit offenzulegen, die das Ergebnis der kapitalistischen Anarchie und der wilden Jagd nach Profit ist“. Er bemerkte: „Der Imperialismus bedeutet die Herrschaft des *Finanzkapitals*.“ Während Trotzki die Forderung nach Enteignung der Banken aufstellte, argumentierte er, dies würde „jedoch nur dann diese günstigen Ergebnisse zeitigen, wenn die Staatsmacht selbst aus den Händen der Ausbeuter vollständig in die Hände der Arbeiterschaft übergeht“. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit rief er zu einem Kampf der Arbeiterklasse für eine kürzere Wochenarbeitszeit ohne Lohnverlust auf, um die vorhandene Arbeit aufzuteilen, für ein massives Programm öffentlicher Arbeiten und für eine Erhöhung der Löhne im Gleichschritt mit den Preisen, um gegen die verheerenden Folgen der Inflation gewappnet zu sein.

Im Gegensatz zu den Kapitalisten und ihren reformistischen Agenten argumentierte Trotzki:

„Die Besitzenden und ihre Anwälte werden die ‚Unmöglichkeit‘ darlegen, diese Forderungen zu verwirklichen. Kleinere, insbesondere ruinierte Kapitalisten werden dabei auf ihre Geschäftsbücher verweisen. Die Arbeiter weisen diese Einwände und Bezugnahmen unterschiedslos ab. Es handelt sich nicht um den ‚normalen‘ Zusammenstoß gegensätzlicher materieller Interessen, sondern vielmehr darum, das Proletariat vor Zersetzung, Hoffnungslosigkeit und Verderben zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“ ■

Krise der SPD...

Fortsetzung von Seite 20

schaft in Industrie, Transport usw., während die Kapitalisten, denen die Produktionsmittel gehören, sich diesen Reichtum aneignen und ihre Profite aus der Ausbeutung der Arbeiter ziehen. Aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozess ist das Proletariat die einzige Klasse, die sowohl das materielle Interesse hat, die gesellschaftliche Produktion aus den Fesseln des Privatbesitzes zu befreien und sie auf der Grundlage einer kollektivierten Wirtschaft zum Nutzen aller zu entwickeln, als auch die soziale Macht, diese Revolution durchzuführen. Die Sozialdemokratie – SPD, LINKE und Gewerkschaftsbürokratie – versucht, die Arbeiter mit dem Kapitalismus zu versöhnen, und kettet sie an ihre „eigenen“ Ausbeuter. Je mehr sich die sozialen Widersprüche zwischen Arbeitern und Kapitalisten verschärfen, desto unhaltbarer wird die Lage der Sozialdemokratie.

Die Versuche des gestürzten SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, die SPD-Arbeiterbasis mit der Agenda 2010, Hartz IV und dergleichen zu versöhnen, verstärkten nur die Unzufriedenheit in beiden Flügeln der Partei. Dies spitzte sich im Frühjahr nach den Wahlen in Hessen zu, bei denen SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti mit einer Kampagne mehr oder weniger in Opposition zu den unbeliebten Maßnahmen der CDU/SPD-Bundesregierung ein unerwartet gutes Wahlergebnis erreichte. Sie kündigte an, eine Minderheitsregierung mit Unterstützung der LINKEN zu bilden.

Ende Juli hat sich das Parteigericht Nordrhein-Westfalens für den Ausschluss des SPD-Rechten Wolfgang Clement entschieden, nachdem Clement sich bei den Wahlen öffentlich gegen Ypsilanti ausgesprochen und den erzreaktionären hessischen CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch indirekt unterstützt hatte. Daraufhin stellte sich die Parteispitze hinter Clement, während das Verfahren an das höchste Parteigericht verwiesen wurde. Als Schröders ehemaliger „Superminister“ ist er in der Arbeiterklasse als Architekt und lautstarker Verfechter der Agenda 2010 zu Recht verhasst. Als Arbeiter bei Opel-Bochum 2004 gegen drohende Entlassungen streikten, wies Clement voller Verachtung die Appelle der Parteibasis um Unterstützung zurück und beschimpfte den Streik als sinnlos. Der Kassierer des SPD-Ortsvereins Bochum-Hamme beklagte erbost: „Dabei hatten wir uns jahrelang im Wahlkampf den Arsch für ihn aufgerissen, und als er nach Berlin ging, hatten wir gehofft, dass er etwas für uns tun kann“ („Er war nie ein Sozialdemokrat“, *stern.de*, 31. Juli).

Nun ist nach Becks Absetzung wieder die alte Schröder-Garde an der Spitze der SPD, was der Bourgeoisie signalisieren soll, dass die Partei bestens geeignet ist, weiterhin den deutschen Imperialismus zu verwalten. Von der Teilnahme der Bundeswehr am US-geführten imperialistischen NATO-Krieg gegen Serbien 1999 über die massiven Angriffe auf die Gewerkschaften und Sozialleistungen bis zu Plänen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern und einen umfassenden Ausbau der staatlichen Repressionsinstrumente – die SPD/Grünen-Regierung und jetzt die CDU/SPD-Regierung haben eine Menge getan, um die Interessen der Kapitalistenklasse auf dem Rücken der Arbeiterklasse, der ethnischen Minderheiten und aller Unterdrückten durchzusetzen.

Der neue SPD-Kanzler-Kandidat Frank-Walter Steinmeier ist nicht bloß irgendein Schröder-Kumpel. Als Kanzleramtschef unter Rot/Grün leitete er persönlich die Teilnahme des deutschen Imperialismus am rassistischen „Krieg gegen Terror“. Er war verantwortlich für die Entscheidungen (und die späteren Vertuschungsversuche) über das Schicksal von Murat Kurnaz, Khaled El-Masri und wer weiß welche anderer Menschen muslimischer Herkunft noch, die



Spartakist

Streik bei Opel-Bochum 2004. Clements Verachtung gegen Streikende rief bittere Wut von SPD-Arbeiterbasis hervor

die deutsche und die US-Regierung als „Terrorverdächtige“ brandmarkten und „verschwinden“ lassen wollten. Steinmeier stellte sicher, dass Kurnaz über Jahre in der Folterhöhle von Guantanamo schmorte, und blockierte sogar dessen Rückkehr angesichts wiederholter US-Angebote zwischen 2002 und 2005, Kurnaz freizulassen (siehe „Steinmeier, Sozialdemokratie und der rassistische ‚Krieg gegen den Terror‘“, *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2007). Noch 2007, nachdem diese Schweinerei publik wurde und es zu einem Untersuchungsausschuss kam, erklärte Steinmeier dem *Spiegel* (27. Januar 2007): „Ich würde mich heute nicht anders entscheiden.“

Dass große Teile der Arbeiterklasse, insbesondere die unteren und mittleren Ebenen der Gewerkschaften, der SPD den Rücken zukehren, die sie historisch als ihre Partei ansahen, stellt eine wesentliche Verschiebung in Deutschlands politischer Landschaft dar. Bislang hat sich das vor allem in Wahlerfolgen der LINKEN ausgedrückt, die durch die Fusion der westdeutschen SPD-Abspaltung WASG mit der ostdeutschen ex-stalinistischen PDS entstand. Die LINKE ist einerseits das Ergebnis von massiver Enttäuschung und Wut an der SPD-Basis und andererseits auch das Mittel, mit dem ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie versucht, diese Wut im Rahmen von sozialdemokratischem Reformismus zu halten. Das wurde sehr deutlich im Grün-

Abonniere jetzt!

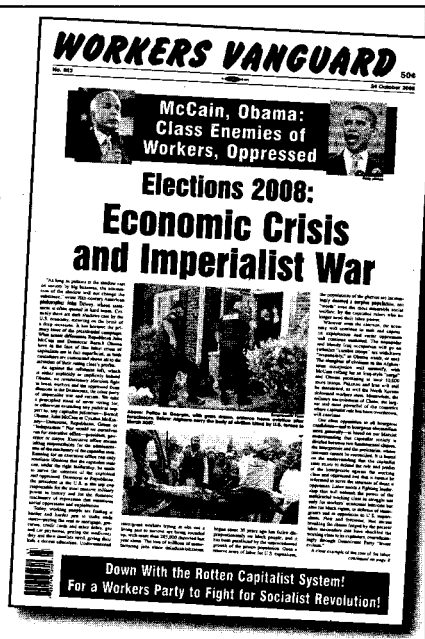
Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01



Down With the Rotten Capitalist System!
For a Workers Party to Fight for Socialist Revolution!

Mit uns zieht die neue Zeit.



Michael Urban/DDP

Bergmannschor beim SPD-Parteitag im Oktober. Arbeiterverräter Müntefering, Steinmeier stehen für imperialistischen Krieg, rassistische Staatsrepression und Angriffe auf Arbeiter

dungsauftrag für einen der Vorläufer der WASG, die ASG, ausgedrückt: „Viele Bürgerinnen und Bürger kehren der Politik den Rücken, fühlen sich von der SPD getäuscht, aber auch von keiner anderen Partei vertreten. Wir sehen darin eine Gefahr für die Stabilität unserer Demokratie“ (März 2004).

Für Kommunisten ist die Krise der SPD eine wichtige und positive Entwicklung. Seit 1914 ist die SPD der wichtigste Agent der deutschen Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung und das Haupthindernis für proletarische Revolution in diesem Land. Das Problem besteht darin, dass das Bewusstsein der Arbeiter, die sich von der SPD abwenden, geprägt ist von der Lüge der Bourgeoisie, es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus. Dieses vorherrschende Bewusstsein ist vor allem das Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung von DDR und Sowjetunion, die von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Lakaien als unvermeidlich dargestellt und als Beweis der angeblichen Überlegenheit des Kapitalismus gefeiert wird. Wie wir in unserer „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ erklärten:

„Trotzkis Feststellung im Übergangsprogramm von 1938: ‚Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet‘, wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewusstsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Troztkis Beobachtung eine neue Dimension hinzu... Der Marxismus muss erneut die Loyalität des Proletariats gewinnen.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998)

Die LINKE ist durchdrungen von der bürgerlichen Ideologie vom „Tod des Kommunismus“ und sie ist genauso wie die SPD diesem kapitalistischen Ausbeutersystem verpflichtet. Sie hätte nur lieber ein paar mehr Krumen von den kapitalistischen Profiten, um sie den Arbeitern zuzuwerfen. Sowohl SPD als auch LINKE sind in Lenins Worten bürgerliche Arbeiterparteien, d.h. Parteien mit einer Basis in der

Arbeiterklasse, aber einer prokapitalistischen Führung und Programm. Damit in diesem Land eine Revolution gewinnen kann, müssen diese Parteien entlang der Klassenlinie gespalten werden, die durch sie verläuft. Die Arbeiterbasis muss dabei für eine leninistische Partei gewonnen werden.

Das Bewusstsein der Arbeiter wird im Verlauf des *Klassenkampfes* geändert, den der Kapitalismus und seine Krisen unvermeidlich erzeugen. Durch Klassenkampf können sie Vertrauen in ihre eigene soziale Macht gewinnen, die Spaltungen durch Rassismus, Chauvinismus und andere bürgerliche Vorurteile überwinden, und die Notwendigkeit begreifen, sich an die Spitze aller Unterdrückten zu stellen und allseitig

gegen dieses gesamte Ausbeutersystem zu kämpfen. Entscheidend dafür ist die bewusste Intervention von Kommunisten, die marxistisches Bewusstsein in die Arbeiterklasse tragen und eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei schmieden, um diese Kämpfe zu vertiefen und mit anderen zu verbinden bis hin zum notwendigen Sturz des Kapitalismus. Heute besteht die Aufgabe darin, den Kern einer solchen Partei auf dem Programm des Trotzismus, d.h. des authentischen Marxismus, zu sammeln und zu stählen. Wir führen daher einen kompromisslosen politischen Kampf gegen die reformistischen Illusionen, die durch angeblich marxistische Organisationen – von Stalinisten wie *junge Welt* und DKP bis zu den Pseudotrotzkisten von marx21, Gruppe Arbeitermacht (GAM) und der Sozialistischen Alternative (SAV) – geschürt werden. Sie schieben Überstunden, um die Illusionen in die LINKE unter Arbeitern und Jugendlichen zu stärken, und sind mit ihrer linken Abdeckung für parlamentarischen Reformismus und verrottete Klassenzusammenarbeit ein Hindernis dafür, das Klassenbewusstsein zu heben und zu entwickeln.

Europäische Linke predigt „Tod des Kommunismus“

Die Krise der SPD entwickelt sich parallel zu dramatischen Veränderungen bei den reformistischen Massenparteien in ganz Westeuropa. Die Mehrheit der alten italienischen Kommunistischen Partei, die sich Anfang der 90er-Jahre spaltete, durchlief die Sozialdemokratie und scheint nach ihrer diesjährigen Fusion mit Prodis Christdemokraten eine rein bürgerliche Partei geworden zu sein. Währenddessen befindet sich die sozialdemokratische *Rifondazione Comunista* (RC), die von der Minderheit gegründet worden war, in einer tiefen Krise, nachdem sie sich an zwei Prodi-geführten Volksfrontregierungen beteiligt hatte. Die französische Kommunistische Partei ist ebenfalls in den letzten Jahren kollabiert. In Britannien hatte Tony Blairs christliche New-Labour-Führung seit Mitte der 90er-Jahre damit begonnen, von ihrer proletarischen Basis zu brechen. Dieser Prozess, Labour aus einer bürgerlichen Arbeiterpartei in eine Partei wie die rein bürgerliche Demokratische Partei in den USA zu verwandeln, ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber mittlerweile recht weit fortgeschritten.

Diese Entwicklungen reflektieren jede auf ihre Weise die Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolutionen, die zwischen 1990 und 1992 die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und letztlich den degenerierten Arbeiterstaat UdSSR zerstörten. Die kapitalistischen Herrscher fühlten den Wind in ihren Segeln und proklamierten den „Tod des Kommunismus“ als die ideologische Begleitmusik bei ihren Angriffen auf die Gewerkschaften, der Verschärfung der rassistischen staatlichen Unterdrückung und der mörde-

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

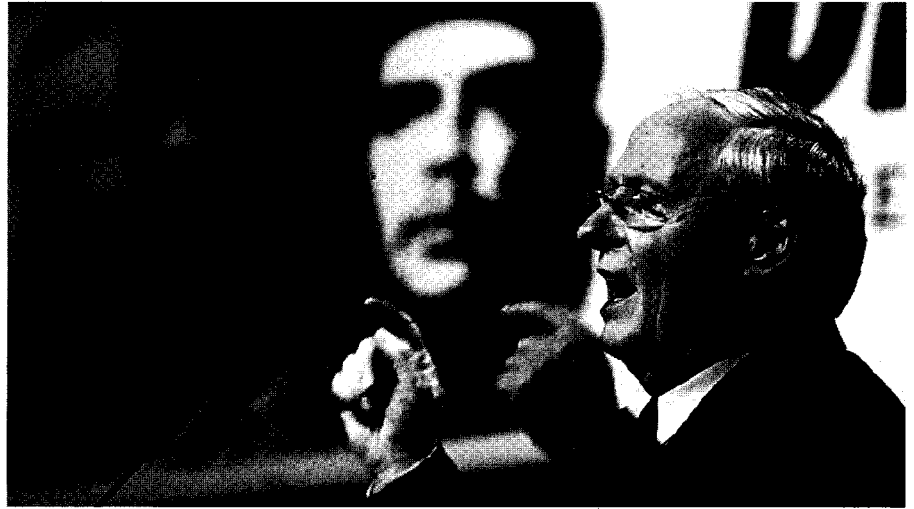
www.spartacist.org

rischen Ausplünderung der Neokolonien. In Westeuropa ist die Zerstörung des sogenannten Sozialstaats – soziale Zugeständnisse, die im Kontext des Kalten Krieges gemacht wurden, um eine mächtige Arbeiterbewegung davon abzuhalten, „rot“ zu werden – ein zentrales Ziel der Kapitalisten, um besser mit ihren imperialistischen Rivalen zu konkurrieren (insbesondere USA und Japan). Die massiven Angriffe wurden zum großen Teil von kapitalistischen Regierungen geführt, in denen die reformistischen Parteien saßen, was massive Wut an der Basis dieser Parteien hervorrief. Gleichzeitig gibt die Bourgeoisie mittlerweile einen geringeren Teil ihrer Extraprofite aus, um eine privilegierte Schicht in der Arbeiterklasse, die Arbeiteraristokratie, aufrechtzuerhalten, die die Hauptbasis für die Sozialdemokratie bildet.

In dieser Situation versuchen die Pseudosozialisten das politische Vakuum mit verschiedenen nach rechts gehenden „Umgruppierungen“ zu füllen. In Frankreich streicht die pabloistische Ligue communiste révolutionnaire (LCR), die sich schon vor langer Zeit mit der bürgerlichen Ordnung versöhnt hat, nun auch formal die Begriffe „revolutionär“ und „kommunistisch“ aus ihrem Namen, um eine „Neue Antikapitalistische Partei“ (NAP) zu gründen. Damit will sie vom Zusammenbruch der KP Frankreichs profitieren. In Britannien traten die Cliff-Anhänger der Socialist Workers Party (SWP, Schwesterorganisation von marx21 in Deutschland) bei der Gründung des Respect-Bündnisses offen dagegen auf, dass es auch nur Lippenbekenntnisse zum „Sozialismus“ abgibt oder überhaupt für Säkularismus eintritt. Dieses Bündnis war ein rein bürgerlicher Wahlverein. Nun hat sich ein paar Jahre später Respect gespalten und der SWP-Teil verlor massiv bei den folgenden Wahlen. Danach sind diejenigen Respect-Abgeordneten, die vorher mit der SWP verbündet waren, ins Lager von Labour, den Liberalen und sogar den konservativen Tories übergetreten!

Die deutschen Pseudotrotzkisten, die sich in die LINKE liquidieren, verfolgen die gleiche Art opportunistischer Manöver, die ihren Schwesterorganisationen in anderen Ländern in vielen Fällen gerade um die Ohren geflogen sind. Reformismus ist von Natur aus national beschränkt, weil er darauf hinausläuft, einem Flügel der *eigenen* Bourgeoisie nachzulaufen.

Diese Organisationen sehen gerade in dem nachsowjetischen, vom „Tod des Kommunismus“ geprägten Klima Öffnungen, von denen sie profitieren wollen. Sie haben *selbst* dazu beigetragen, dieses Klima zu schaffen, indem sie die kapitalistische Konterrevolution auf der ganzen Linie *unterstützten*. Als sich die LINKE vor einigen Jahren formierte, drückte Christine Buchholz von Linksruck (heute marx21) die Sicht über die jetzige Periode wie folgt aus: „Die Umgruppierungsprozesse finden statt, und zwar weltweit. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks sind die alten Trennungslinien – Stichwort: Wie hältst Du's mit der Sowjetunion? – nicht mehr entscheidend“ („Zwischen Trotzki und Lafontaine“, *junge Welt*, 16. Mai 2006). Die Oktoberrevolution ist also „nicht mehr entscheidend“. Kommt einem das nicht irgendwie bekannt vor? Diese Wiederkäuung der „Tod-des-Kommunismus“-Ideologie durch Linksruck ist nicht verwunderlich: Ihre Vorläufer wurden aus der Vierten Internationale ausgeschlossen, weil sie sich öffentlich weigerten, Nordkorea und die Sowjetunion im Koreakrieg gegen die Imperialisten zu verteidigen. 1991 bejubelten sie den Sieg von Jelzins konterrevolutionären Kräften in der Sowje-



Friso Gentsch/DPA

Oskar Lafontaine spricht Unzufriedenheit mit Agenda-SPD an und pflegt „linkes“ Image, um die Arbeiter besser dem kapitalistischen Staat unterzuordnen, nationalistischen Protektionismus zu schüren

tion mit den Worten: „Der Kommunismus ist gescheitert“, deklarieren unsere Zeitungen und Fernsehen. Es ist ein Faktum, das jeden Sozialisten erfreuen sollte“ (*Klassenkampf*, September 1991).

Letztes Jahr löste sich Linksruck formal auf, um in Form von „marx21“ besser mit der LINKEN zu verschmelzen. Ihre Unterstützerin Janine Wissler wurde in die sechsköpfige hessische Landtagsfraktion der LINKEN gewählt und Christine Buchholz ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Bundespartei. Wisslers Enthusiasmus, in der LINKEN für eine Unterstützung einer Ypsilanti-geführten Minderheitsregierung zu trommeln, machte auf den *Spiegel* einen so guten Eindruck, dass er über die hessische Linksfraktion erfreut bemerkte: „Noch vor kurzem träumten einige von ihnen Lenins Traum von der Weltrevolution, doch inzwischen scheinen sie die legendäre Losung Franz Münteferrings verinnerlicht zu haben: ‚Opposition ist Mist.‘“ („Münste statt Lenin“, *Spiegel*, 22. September). Was dieses bürgerliche Blatt zynisch den „Traum von der Weltrevolution“ nennt, ist für marx21 lediglich Stoff für gelegentliche Sonntagsreden. Auch ihr Gerede vom „Aufbau des außerparlamentarischen Widerstands“ ist recht hohl, denn sie bieten in Wirklichkeit nichts als noch mehr reformistischen Wahlkretinismus. Das Ergebnis ist, diejenigen weiter zu demoralisieren, die mit Kapitalismus unzufrieden sind und von sozialdemokratischen Schweinereien die Schnauze voll haben.

Diese verrottete „Realpolitik“ ist zutiefst mit der wütenden Feindschaft von marx21 und den anderen Cliff-Anhängern gegen die Sowjetunion und die anderen Staaten, wo der Kapitalismus gestürzt worden war, verbunden. Diese Feindschaft verbindet sie auch mit den anderen diversen Pseudotrotzkisten, was auch immer ihre sonstigen formalen ideologischen Schattierungen sind. Im wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland ist die Haltung zur allgegenwärtigen Hetze gegen die DDR ein wichtiger Index für die Loyalität zu diesem kapitalistischen Ausbeutersystem. Die antikommunistische Hetzkampagne von SPD sowie CDU und FDP als Reaktion auf das Angebot der LINKEN, Ypsilanti zu unterstützen, diente nicht nur als Knüppel gegen die LINKE im Wahlkampf, sondern, viel wichtiger noch, als ein Test, um ihre „Zuverlässigkeit“ für die kapitalistischen Herrscher zu prüfen. So stellte die hessische SPD der LINKEN als Bedingung dafür, ihr Tolerierungsangebot zu akzeptieren, sowohl die „klare Anerkennung unserer Verfassungsordnung und unserer parlamentarischen Demokratie“ als auch die Distanzierung „zu jeder Form der Unfreiheit und zu Menschenrechtsverletzungen, wie sie z. B. in der DDR u. a. mit Schießbefehl,

Stasi-Überwachung und der Einschränkung der Meinungs-, Wahl- und Reisefreiheit praktiziert wurden“.

Wie vorherzusehen, akzeptierte das die LINKE. Die Cliff-Anhängerin Wissler erklärte dies folgendermaßen in einem Interview mit der *jungen Welt* (10. September), in dem sie auch die Verhandlungen mit SPD und Grünen als „freundlich und angenehm“ beschrieb:

„Wir haben bisher schon mehrfach deutlich gemacht, wie wir zur DDR und zum Grundgesetz stehen, wir brauchen keinen Aufarbeitungsprozess. Umgekehrt könnten wir ja auch von der SPD fordern, ihre eigenen Fehler aufzuarbeiten. Etwa den, dass heute Millionen Menschen von 350 Euro im Monat leben müssen. Oder dafür, dass die SPD für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich ist.“

Was für eine Verherrlichung der kapitalistischen „Demokratie“: Nicht nur wird hier der Mord an den revolutionären Helden und KPD-Gründern Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als „Fehler“ beschönigt. Nein, dieses SPD-Verbrechen zur Rettung der deutschen Bourgeoisie vor der Arbeiterrevolution wird gleichgesetzt mit der Gründung und bloßen Existenz der DDR, einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat, der nach der heldenhaften Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus durch die Rote Armee in der einen Hälfte Deutschlands entstand. Im Gegensatz zu den Cliffisten und anderen Pseudotrotzkisten verteidigen wir das grundlegende trotzkistische Verständnis von solchen Staaten: Die Enteignung der Bourgeoisie und die Vergesellschaftung der Wirtschaft, die die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten trotz der politischen Herrschaft einer stalinistischen Bürokraten-Kaste verkörpern, sind ein gewaltiger *historischer Fortschritt* gegenüber dem Kapitalismus.

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) kämpften mit allen Kräften, um die Arbeitermassen im ganzen Sowjetblock für den Kampf gegen kapitalistische Konterrevolution zu mobilisieren. Das hätte bedeutet, dass die *Arbeiterklasse* mit den parasitären stalinistischen Bürokratien abrechnet, die nach Jahren des Untergrabens der Arbeiterstaaten und des Herumtrampels auf dem proletarischen Internationalismus den verräterischen Ausverkauf an den Imperialismus verwalteten. Angefangen mit unserem Kampf, der beginnenden politischen Revolution in der DDR 1989/90 revolutionäre Führung zu geben, bis zu unserem Aufruf vom August 1991 in der Sowjetunion: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!“, beherzigten wir Trotzki's Warnung vor der „tragischen Möglichkeit“, dass der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat „unter den vereinten Schlägen der inneren und äußeren

Feinde zusammenbricht“:

„Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten.“ (*Der Klassencharakter des Sowjetstaats*, 1933)

Wir treten für die bedingungslose militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam gegen Imperialismus und interne kapitalistische Restauration ein und kämpfen auf dieser Grundlage für proletarische politische Revolution, um die stalinistischen Bürokratien wegzufegen. Dieses Programm und die Lehren aus dem Kampf gegen Konterrevolution im Sowjetblock sind entscheidend dafür, die multiethnische Arbeiterklasse in Deutschland von Klassenzusammenarbeit und chauvinistischem Protektionismus zu brechen, die von den Ausverkaufs-Führern der Gewerkschaften zusammen mit beiden sozialdemokratischen Parteien, SPD und Linkspartei, vorangetrieben werden. (Siehe auch „Vereint in Protektionismus und Antikommunismus: WASG fusioniert mit PDS“, *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2007.)

Nieder mit bürgerlichen Regierungsämtern!

Als Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus streben die LINKE-Spitzen danach, in bürgerliche Koalitionsregierungen einzutreten und die Drecksarbeit der Bourgeoisie zu machen, mit dem Versprechen, die kapitalistische Ausbeutung „sozial“ zu gestalten. Das kann man an ihrer Begierde sehen, eine SPD/Grünen-Regierung in Hessen zu unterstützen, die Lafontaine und Co. als Sprungbrett sehen, um im Verlauf des nächsten Jahres in weitere kapitalistische Regierungen bis hin zur Bundesregierung zu gelangen. Von Thüringen, wo die Linkspartei gute Chancen hat, als stärkste Partei hervorzugehen, bis zum Saarland, wo Lafontaine von 1985 bis 1998 für die SPD Ministerpräsident war, hoffen sie, sich in Stellung zu bringen, um nach den Wahlen 2009 in Koalition mit der SPD und eventuell den Grünen den Kapitalismus auf Bundesebene zu verwalten. Besonders vor dem Hintergrund des Finanzcrashes und der beginnenden Wirtschaftskrise versuchen sie, sich als geeignet zu profilieren, die Krisen des Kapitalismus zu verwalten. Sie wollen die Interessen der Bourgeoisie durch eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus, unabhängiger von den USA zu agieren, voranbringen.

„Staat, greif ein!“ ist der Ruf der „guten alten“ Sozialdemokratie. Lafontaine und die Pseudosozialisten weinen ihr nach und beschwerten sich, Schröder und Co. hätten diesem Weg den Rücken gekehrt und den Kurs des „Neoliberalismus“ eingeschlagen. Sie versprechen, durch das Eingreifen des bürgerlichen Staates die Krisen des Kapitalismus zu verhindern und die Wirtschaft der „demokratischen“ Kontrolle unterzuordnen. In Wirklichkeit werden dadurch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen umso besser dem Staat des Klassenfeindes untergeordnet. Jetzt greifen die kapitalistischen Regierungen weltweit ein ... indem sie Billionen Dollar und Euro an Steuergeldern den Banken und Kreditinstituten zuschieben, um die Verluste der stinkreichen Finanzspekulant zu verstaatlichen, während hier Hartz-IV-Empfänger darben und in den USA hunderttausende Arme und Schwarze aus ihren Häusern getrieben werden!

Obwohl ihre Bundestagsfraktion dagegen stimmte, *unterstützt* die LINKE grundlegend ein Rettungspaket und fordert protektionistische Maßnahmen (siehe Einleitung des Titelseitenartikels). Im Namen des „Schutzes der deutschen Industrie“ wird die Arbeiterklasse so hinter die eigene imperialistische Bourgeoisie kanalisiert. Das ist *Gift* für das Klassen-

SPARTAKIST DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2008 € 1,50

V. Internationale Konferenz der IKL
Die Aufrechterhaltung eines revolutionären Programms in der nachsowjetischen Periode
Abdruck aus dem Verhandlungsprotokoll der V. IKL-Konferenz
 Nieder mit Bourgeoisie und Trotzkisten 22
 China und die soziale Frage 26

Rezension einer Biografie von Bryan Palmer:
James P. Cannon
und die Bräutigam der revolutionären Linken in Amerika, 1899-1928
James P. Cannon in Wien, 1922
 Rechts: „Wir streben, dass die Kompartei eine NIF“ 28
 Dokumente: Die amerikanische Frage 48

Spartakist-Gruppe Polens wiedergegründet 2
 Diana Kartzen, 1948-2007 4

Lebanon und Revolution
Aus den Archiven des Libanesischen Komitee von Leo Troski, 1941
Der Kommunismus und die Frauen des Ostens
1970

Theoretische und dokumentarische Quellsammlung der IKL
 Deutsche Ausgabe Nr. 26, Frühjahr 2008
 € 1,50
 (im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
 Verlag Avantgarde
 Postfach 23555
 10127 Berlin

Konto 11988-601
 Postbank Frankfurt/M.
 BLZ 500 100 60
 BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

bewusstsein der Arbeiterklasse, spaltet sie entlang nationaler Linien und ist entgegengesetzt zur internationalen Klassensolidarität, die bitter notwendig ist, um durch harten Klassenkampf gegen die Kapitalisten die anrollenden Angriffe zurückzuschlagen.

Während die LINKE-Fraktion im Bundestag, wo ihre Stimmen sowieso keinen Einfluss auf das Ergebnis hatten, gegen das Rettungspaket stimmte, votierte Harald Wolf, LINKE-Senator in Berlin, im Bundesrat dafür. Die Berliner LINKE-Spitzen haben Erfahrung mit Bankrettungen. Im Jahr 2002, direkt nach Amtsantritt ihrer Senatoren in Berlin, erfüllte die damalige PDS ihr Wahlversprechen, indem sie das „Gesetz zur Risikoabschirmung“ für die Bankgesellschaft Berlin verabschiedete, womit eine Bürgschaft über 21 Milliarden Euro für die Verluste von Immobilienspekulanten übernommen wurde, die auf einen Immobilienboom in Berlin nach der kapitalistischen Wiedervereinigung gesetzt hatten. Genau wie es mit den aktuellen gigantischen Rettungspaketen geplant ist, wurde dieser „Sozialismus für die Reichen“ auf dem Rücken der Arbeitenden durch massive Kürzungen im öffentlichen Dienst, durch die Zerschlagung von Tarifverträgen, Lohnkürzungen usw. finanziert.

SAV, marx21, *junge Welt* und diverse andere „linke Kritiker“ in der LINKEN meckern über die Führung des Berliner Landesverbandes und die „neoliberale“ Senatspolitik, um ihre linke Flanke abzudecken. Das sind letztlich nur Floskeln ohne wirkliche Konsequenzen, denn in der Praxis ist ihre Unterstützung sicher, wenn es darauf ankommt – sei es, die PDS 2001 in Berlin ins Amt zu wählen oder 2005 bei den Bundestagswahlen für die LINKE zu stimmen. Im Grunde fordern auch sie nur ein umfassenderes Eingreifen des kapitalistischen Staates im Namen „demokratischer“ Kontrolle der Banken. Typisch dafür ist der folgende Appell an den Berliner Senat vom Bezirksvorstand der LINKEN in Berlin-Neukölln, in dem sich Pseudotrotzkisten wie SAV und marx21 tummeln: „Nur eine Überführung des Finanzwesens in öffentliches Eigentum bietet Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft über die verwendeten Steuergelder.“ Und wer soll bitte die „Kontrollmöglichkeiten“ im Dienste der „Gesellschaft“ bieten, Lafontaine als Finanzminister?

Sie alle sind im Prinzip dafür, in kapitalistische Regierungen einzutreten, nur sollen die *Bedingungen* dafür höher gesetzt werden als bei der (inzwischen recht unpopulären) Berliner Koalition mit der SPD. Das „Maximalprogramm“ von Organisationen wie der SAV ist klassischer sozialdemokratischer Reformismus: eine „sozialistische“ Mehrheit im bürgerlichen Parlament und eine „wirklich demokratische“ kapitalistische Regierung, die man unter Druck setzen kann, um die Reichen zur Kasse zu bitten. So fördern sie reformistische Illusionen unter Arbeitern und Jugendlichen und geben linke Abdeckung für die Schweinereien, die unweigerlich von den sozialdemokratischen Ministern in den kapitalistischen Regierungen durchgeführt werden. Wie man in Berlin sehen kann, ist das Ergebnis die Demobilisierung von Klassenkampf angesichts kapitalistischer Angriffe und eine gewaltige Demoralisierung von Gewerkschaftern, Unterdrückten und der ganzen Arbeiterklasse.

Entgegen den Vertuschungen dieser Reformisten erklärte Friedrich Engels schon 1878 in seiner Polemik *Anti-Dühring*, dass der *Klassencharakter* des Staates die Beseitigung der Krisen im Kapitalismus unmöglich macht:

„Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft



April 2004: Hunderttausende Gewerkschafter, Arbeitslose protestieren gegen SPD/Grünen-Regierung (hier Stuttgart). Zu der Zeit formierte sich WASG, um Wut im Rahmen des Parlamentarismus zu halten

der Produktivkräfte auf... Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben.“

Überall bestätigen die kapitalistischen Regierungen in der gegenwärtigen Krise diese grundlegende Erkenntnis. Der einzige Weg, um den Krisen, der Unterdrückung und der Ausbeutung des Kapitalismus ein Ende zu setzen, ist eine proletarische Revolution, die die repressive kapitalistische Staatsmaschinerie zerschlägt und durch Organe der Arbeiterherrschaft ersetzt und der winzigen, stinkreichen kapitalistischen Ausbeuterklasse das Eigentum an den Produktionsmitteln entreißt, um die Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage neu zu organisieren. Das bedeutet die Diktatur des Proletariats als ersten, notwendigen Schritt hin zur Überwindung aller Klassenunterschiede und damit einhergehend zum Absterben des Staates.

Die Stellung zum bürgerlichen Staat ist die grundlegende Trennlinie zwischen Reform und Revolution: Die reformistische Ansicht, man könne den bestehenden Staatsapparat übernehmen und im Interesse der Arbeiter verwalten, gegen das marxistische Verständnis – ausgeführt von Lenin in *Staat und Revolution* (1917) und *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (1918) –, dass der kapitalistische Staatsapparat durch eine proletarische Revolution zerschlagen werden muss. Um die Arbeiterklasse für diese historische Aufgabe zu mobilisieren, braucht sie ein Programm, *unabhängig vom kapitalistischen Staat* durch *Klassenkampf* für die brennenden Bedürfnisse der Arbeiter und aller Unterdrückten zu kämpfen. Wir sind grundsätzlich dagegen, für Regierungenämter des bürgerlichen Staates zu kandidieren oder sie anzunehmen, egal ob auf lokaler, Landes- oder Bundesebene – Bürgermeister, Ministerpräsident, Kanzler, Bundespräsident usw.

Wie Rosa Luxemburg schrieb: „Der Eintritt eines Sozialisten in eine bürgerliche Regierung ist nicht, wie geglaubt wird, eine teilweise Eroberung des bürgerlichen Staates durch die Sozialisten, sondern eine teilweise Eroberung der sozialistischen Partei durch den bürgerlichen Staat“ („The Dreyfus Affair and the Millerand Case“, 1899). Wir unterscheiden scharf zwischen der Annahme von Exekutivämtern



Verlag Neues Leben

Regionalversammlung der KPD-Jugend in Eisleben, Frühjahr 1923. Deutsche Revolution von 1923 war herausragende Möglichkeit zur internationalen Ausweitung der russischen Oktoberrevolution 1917

und der revolutionären Ausnutzung des Parlaments. Erstes bedeutet zwangsläufig, den Kapitalismus zu verwalten – beispielsweise die Bullen zum Streikbruch einzusetzen oder rassistische Abschiebungen anzuordnen –, und ist somit Klassenverrat. Bürgerliche Parlamente dagegen können als Tribüne für die Verbreitung des kommunistischen Programms benutzt werden, um die bürgerliche Demokratie als Schleier für die kapitalistische Herrschaft zu entlarven.

Der Kampf für eine leninistische Avantgarde

Im September kündigte die SAV an, sie würde nun auch in Berlin und im Osten in die LINKE eintreten, wogegen sich Widerstand im LINKEN-Bundesvorstand regt. Tatsächlich wird durch das neueste Manöver deutlich, was wir schon 2006 zu ihrer Kandidatur in Berlin gegen die PDS sagten: Sie stellen keine grundlegende *Klassenopposition* zur prokapitalistischen LINKE/PDS/WASG-Spitze dar. So verteidigen sich Redler und andere SAV-Unterstützer wie folgt: „Der eigenständige Wahlantritt war nicht parteischädigend, was damals sogar von einem bürgerlichen Gericht festgestellt wurde, das die Absetzung des WASG-Landesvorstands durch den WASG-Bundesvorstand aufhob“ (*sozialismus.info*, 22. Oktober). Diese Reformisten sind *stolz* darauf, dass ihnen vom Gericht des Klassenfeindes ein Persilschein ausgestellt wurde! Wir haben damals diese krasse Übertretung der Klassenlinie verurteilt: „Die Klage der SAV/WASG Berlin

gegen die WASG-Bundesleitung hat dem kapitalistischen Staat die Legitimation für diesen unerhörten Eingriff in eine linke Organisation geliefert und damit der Linken und Arbeiterbewegung viel schwereren Schaden zugefügt, als wenn die Berliner WASG nicht an den Wahlen hätte teilnehmen können“ („Prinzipienlose Manöver im sozialdemokratischen Sumpf“, *Spartakist* Nr. 163, Sommer 2006).

Die „Entrismus“-Manöver von SAV, marx21 und den anderen in der LINKEN sind krasser Opportunismus. Leninisten streben danach, die Widersprüche zu vertiefen, die zwischen den Wünschen und objektiven Interessen der Arbeiterbasis einerseits und der Politik und den Taten der sozialdemokratischen Führung andererseits bestehen. Wir wollen die Arbeiterbasis zu unserem Programm gewinnen und für den Aufbau einer im *Gegensatz* zu SPD und LINKE stehenden revolutionären Partei, durch die Mobilisierung für Klassenkampf und die Entlarvung des sozialdemokratischen Verrats durch die kommunistische Avantgarde. Im Rahmen dieser strategischen Perspektive stehen

einer intelligenten revolutionären Organisation verschiedene taktische Möglichkeiten offen, die den Umständen entsprechend angewandt werden. Diese Taktiken und ihre Anwendung entspringen der strategischen Notwendigkeit, diese Parteien entlang der Klassenlinie zu spalten: Zu jedem Zeitpunkt behalten wir volle *programmatische* Unabhängigkeit von *allen* Flügeln der sozialdemokratischen Bürokratie bei.

Das hat absolut *nichts* zu tun mit den Machenschaften der Pseudotrotzkisten in und um die LINKE, und dafür gibt's einen einfachen Grund: Sie alle lehnen die Perspektive ab, eine leninistische Avantgardepartei zu schmieden, um das multiethnische Proletariat an der Spitze aller Unterdrückten zum revolutionären Sturz des Kapitalismus zu führen. Stattdessen helfen sie, Arbeiter und Jugendliche dem einen oder anderen Flügel der prokapitalistischen Führung (zur Zeit vor allem Lafontaine, der etwas mehr linke Sprüche von sich gibt) unterzuordnen, um die LINKE und ihre bürgerlichen Koalitionsregierungen „nach links“ zu „drücken“. So erklärt Redler zum Beispiel, dass es das Ziel der SAV „als Marxisten“ in der LINKEN ist, zu helfen, „einen starken sozialistischen Flügel in der Linken aufzubauen, der Regierungsbeteiligung wie in Berlin ablehnt“ (*junge Welt*, 12. September).

Dann gibt es noch solche wie die Gruppe Arbeitermacht (GAM), die sich mit einem Artikel in ihrer *Infomail* (21. September) zum Entrismus der SAV in der Linkspartei zu Wort meldete, in dem sie einige ziemlich orthodox klingende Kritik anbringt. Zum Beispiel wirft die GAM der SAV vor, „den wahren Charakter dieser Partei zu verschleiern“, wobei sie die LINKE eine „bürgerliche Arbeiterpartei“ nennt und fortfährt: „Daran ändern auch die bisweilen geäußerten unverbindlichen sozialistischen Phrasen nichts.“ In Wirklichkeit schmolzt die GAM, weil die SAV zur Zeit der Fusion von WASG und PDS nicht bei ihrem Netzwerk Linke Opposition (NLO) mitmachte: „Diese Politik offenbart nicht nur das typisch zentristische Schwanken der SAV, diese Politik boykottierte auch offen die Möglichkeit, mit dem NLO eine bundesweite Struktur aufzubauen, die ein Attraktionspol für linke, kämpferische, antikapitalistische Kräfte werden konnte.“

Das NLO war ein Gebilde aus mehreren pseudosozialistischen Grüppchen wie der GAM, die es vorzogen, eine Druckgruppe auf die LINKE *außerhalb* der LINKEN aufzubauen. Was reformistisches Vertrauen in den kapitalistischen Staat angeht, unterschied sich das NLO kaum von der LINKEN oder der SAV. Beispielsweise unterstützt die „Fels-

Bestellt!

Lenin und die Avantgardepartei

(56 Seiten)
€ 1,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF, IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



berger Erklärung“, mit der das NLO gegründet wurde und die von der GAM hoch gelobt wird, den Eintritt in „nette“ kapitalistische Regierungen: „Die neue Partei tritt nicht in Regierungen ein, die Sozialabbau betreiben, tarifliche Standards oder Löhne im öffentlichen Dienst absenken bzw. die Arbeitszeit der Beschäftigten erhöhen.“ Als das „Netzwerk“ nach weniger als einem Jahr auseinanderflog, weil eine Hälfte der LINKEN beitreten wollte, gab die GAM selbst zu, dass das NLO politisch bankrott war und keine Existenzberechtigung hatte. Grundlegend arbeitet die GAM im selben Rahmen wie die SAV: die Sozialdemokratie nach links zu drücken. Sie ermahnt lediglich die SAV, dass das mit der LINKEN nicht realistisch ist, und beschwert sich, dass „die SAV aber nicht den Schluss [zieht], dass die LINKE eine verfestigte (und keine offene oder nach links verschiebbare) reformistische Partei ist“.

Für die GAM und ihre internationalen Mitstreiter von Workers Power (WP) ist die Suche nach einem „nach links verschiebbaren“ Flügel der Sozialdemokratie (oder gar Formationen, die nicht einmal Teil der Arbeiterbewegung sind) ihre Daseinsberechtigung. Das war bei ihrer Spaltung 2006 sonnenklar zu sehen, wo die beiden Fraktionen darüber uneins waren, ob sie den volksfrontlerischen Sozialforen (d. h. einer *bürgerlichen* Formation) hinterherlaufen sollen oder den „Linken“ in der Labour Party in Britannien (siehe *Spartakist* Nr. 164, Herbst 2006). Und ungeachtet der „radikalen“ Rhetorik, mit der sie die SAV über den Charakter der LINKEN als „bürgerliche Arbeiterpartei“ belehrt, bedeutet das für die GAM nur, *sie immer zu wählen*. Gerade bis zur Gründung der WASG gab die GAM fortwährend ihre Stimme der SPD, auch bei den Bundestagswahlen 2002, nach vier Jahren rassistischer, arbeiterfeindlicher SPD/Grünen-Regierung unter den Balkan-Schlächtern Schröder und Fischer. Wenn es darauf ankommt, findet sich die GAM immer auf der gleichen Seite wie die SAV wieder, bei der Sozialdemokratie und dem „demokratischen“ Imperialismus. Während sich die internationalen Verbündeten der SAV vor Ort damit brüsteten, dass sie nach Jelzins Putsch im August 1991 Arbeiter, die gegen diesen konterrevolutionären Abschaum aktiv werden wollten, überredeten, nach Hause zu gehen, standen Unterstützer von Workers Power zusammen mit Priestern und Kapitalisten buchstäblich auf Jelzins konterrevolutionären Barrikaden.

Die Lehren des Oktober

Die Oktoberrevolution von 1917 hätte nie siegen können ohne Lenins Führung und die Existenz der gestählten bolschewistischen Partei, die aus einer Spaltung mit den Reformisten (Menschewiki) und jahrelangem Kampf gegen deren Einfluss in der Arbeiterklasse hervorgegangen war. Umgekehrt haben wir aus der Niederlage der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland, insbesondere die gescheiterte Deutsche Revolution von 1923, die Lehren gezogen. Unsere kritische Untersuchung der Deutschen Revolution von 1923 war entscheidend für unsere Klärung der leninistischen Haltung zu Regierungämtern (siehe „Nieder mit Exekutivämtern!“, *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 26, Frühjahr 2008, sowie „Eine trotzkistische Kritik: Deutschland 1923 und die Komintern“, *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, Sommer 2001). Eines der deutlichsten Anzeichen für das riesige revolutionäre Potenzial in Deutschland 1923 war, dass die SPD ihre Kontrolle über die Masse der deutschen Arbeiterklasse verlor. Inmitten der verheerenden wirtschaftlichen Verwerfungen und der Hyperinflation war die reformistische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie außerstande zu funktionieren; sie wurde paralytisch. Die Arbeiter kehrten ihr in Scharen den Rücken zu, und angezogen vom Leuchtfener für die Emanzipation der Arbeiterklasse, der Oktoberrevolution, beschlossen sie, dass es an der Zeit wäre, den

Kommunisten eine Chance zu geben. Die KPD-Führung bestand den Test der Revolution jedoch nicht. Nachdem sie in den vorangehenden Monaten des Jahres 1923 die revolutionären Bestrebungen der Arbeitermassen zurückgehalten hatte, machte sie am Vorabend eines geplanten Aufstands im Oktober kampfflos einen Rückzieher.

Anstatt den Kampf um die Arbeitermacht zu organisieren, baute die KPD-Führung unter Heinrich Brandler im Grunde auf die Illusion, der linke Flügel der Sozialdemokratie könnte dazu überredet werden, ein „revolutionärer“ Verbündeter zu werden. Diese Strategie drückte sich im Missbrauch der Losung für eine „Arbeiterregierung“ aus, die für die KPD eine andere Bedeutung als die Diktatur des Proletariats angenommen hatte – sie wurde immer mehr ein Regierungsbündnis mit der SPD auf Grundlage des bürgerlichen Parlaments. Das war eine opportunistische und selbstzerstörerische Verdrehung des Verständnisses von Lenins und Trotzki's Bolschewiki 1917, dass eine Arbeiterregierung durch den Sturz des bürgerlichen Staatsapparates und die Schaffung einer neuen Staatsmacht auf Grundlage von Arbeiterräten (Sowjets) errichtet werden würde. Der Höhepunkt dieses Revisionismus war der Eintritt der KPD in Regierungskoalitionen mit der SPD in Sachsen und Thüringen im Oktober 1923 und die anschließende Absage des Aufstands in kriecherischer Anpassung an ihre Koalitionspartner der SPD-„Linken“.

Danach begann Trotzki die Gründe für die Niederlage 1923 auszuwerten und die Lehren daraus zu ziehen. Dies beinhaltete eine scharfe Kritik an der damaligen Komintern-Führung für ihre Schwankungen angesichts der Entwicklung dieser hervorragenden revolutionären Möglichkeit und führte auch zu einer impliziten Selbstkritik an seiner eigenen früheren, administrativen Herangehensweise. In *Lehren des Oktober* (1924) betonte Trotzki: „Ohne die Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Surrogat der Partei kann die proletarische Revolution nie siegen.“ *Für die Bourgeoisie gibt es keine „ausweglose“ Lage; wenn eine revolutionäre Partei nicht handelt, wird die Bourgeoisie die Kontrolle zurückgewinnen*. Das geschah in Deutschland 1923. Um erfolgreich die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie, die soviel blutiges Elend über die arbeitenden Massen und Unterdrückten der Welt gebracht hat, ein für alle Mal zu beenden, ist eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei absolut unverzichtbar. Wir kämpfen dafür, auf der Grundlage des Programms der SpAD den Kern dieser Partei zu sammeln, als Teil einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution. *Schließt Euch uns an!* ■

Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin



Freitag, 5. Dezember 2008

**Nein zu „Kinder, Küche, Kirche“:
Für Frauenbefreiung
durch sozialistische Revolution!**

Freitag, 23. Januar 2009

**Verteidigt den bürokratisch deformierten
Arbeiterstaat Kuba!**

**Für proletarische politische Revolution
gegen die stalinistische Bürokratie!**

Jeweils 18.30 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a (U-Bhf. Mehringdamm)
Lesematerial: (030) 4439400, spartakist@online.de

SPARTAKIST

SPD tief in der Krise

Linkspartei: Keine Alternative!



Hessen: Willi van Ooyen (LINKE) und Andrea Ypsilanti (SPD) stellen Weichen für eine von der Linkspartei gestützte SPD/Grünen-Regierung. Rechts: Polizei des Berliner SPD/LINKE-Senats greift Hausbesetzer an (Juni 2005)



dpa/Michael Hanschke

Die SPD ist in der Krise. Ihre Arbeiterbasis läuft zur LINKEN über, und die neue Führung versucht verzweifelt, die Verbindungen mit den Gewerkschaften wieder zu stärken, um diese gegenüber den arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Großen Koalition gefügig zu halten. Das wurde bei einem Geheimgespräch von SPD-Führern mit den Vorsitzenden der IG Metall (IGM) deutlich, über das die *Rheinische Post* (24. September) berichtete: „SPD-Vertreter äußerten sich ‚befremdet‘ darüber, dass gewerkschaftlich organisierte Linksparteimitglieder aus den Büros der Gewerkschaften heraus ihren ‚Feldzug gegen die SPD‘ organisieren könnten.“ Demselben Bericht zufolge willigten die IGM-Spitzen ein, die Linkspartei aggressiver öffentlich anzugreifen, wohingegen die SPD versprach, auf weitere gewerkschaftsfeindliche Gesetze zu verzichten. Die Wut an der Gewerkschaftsbasis spiegelte sich in der Antwort eines IGM-Vertrauensmanns

aus einem großen Autowerk auf diesen Bericht wider: „Es wäre eine Sauerei, wenn sich die Gewerkschaft da auf einen Kuhhandel mit der SPD einlässt... Sie muss aufpassen, dass sie damit dann nicht auf die Nase fällt, viele Gewerkschaftsmitglieder sind inzwischen Anhänger der Linken und haben der SPD den Rücken gekehrt.“

Die SPD wird zerrissen zwischen ihren Diensten für die Bourgeoisie an der Regierung einerseits und den objektiven Interessen ihrer Basis in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften andererseits. Das *Kommunistische Manifest* (1848) erklärt: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Die heutige, kapitalistische Gesellschaft ist grundlegend in zwei Klassen gespalten, deren Interessen unversöhnlich entgegengesetzt sind: Das Proletariat produziert den Reichtum der Gesell-

Fortgesetzt auf Seite 13

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!